

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

102 (2.5.1917)

Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 75 P., 1/2 jährl. 2,25 M., Zugestellt durch unsere Träger 85 P. bzw. 2,55 M., durch den Postbot. 80 P. bzw. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 P. bzw. 2,80 M.; botenpostfrei.

Ausgabe: Montag mittags. **Geschäftszeit:** 7-1 u. 2-1/27 Uhr abends. **Verleger:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Kleinanzeigen 10 P. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — **Druck u. Verlag:** Buchdruckerei Wet. & Cie., Karlsruhe.

Wem könnte eine deutsche Revolution nützen?

Von Hugo Poetsch.

Das feindliche Ausland, nicht ausgenommen das sozialistische, hofft auch heute noch auf die Uneinigkeit im deutschen Volk, auf Unruhen, die Revolution. Darauf bauen sie ihre letzte Hoffnung, wie sie im Anfang des Krieges von den deutschen Sozialdemokraten den organisierten Landesverrat erwarteten, währenddem sie zu ihrem Volke standen. Wie General Gröner in der letzten Sitzung des Heeresauschusses mitteilte, hat die Reichsregierung untrügliche Beweise dafür in Händen, daß vom Ausland aus auf unsere Munitionsarbeiter einzuwirken versucht wird, um die Erzeugung von Verteidigungsmitteln zu hindern. In anerkennenswerter Weise hat General Gröner den psychologischen Gründen, die zum Streit um die Ernährungsfragen geführt haben, eine gewisse Berechtigung zugesprochen, seine politische Zustimmung aufs schärfste verweigert. Mit vollem Recht, und die Gewerkschaftsverbände haben sich in ihrer neuesten Kundgebung rückhaltlos dieser Beurteilung angeschlossen. Unsere Feinde werden ihre Hoffnungen auf die deutsche Arbeitererschaft enttäuscht sehen. Niemand in Deutschland will die von ihnen gemühtete Situation herbeiführen, ausgenommen etwa einige Wirrköpfe. Hat doch selbst der Abgeordnete Haase in der Sitzung des Reichstages vom 30. März erklärt: „Ich denke nicht daran, mit einer Revolution zu drohen.“ Und die Kundgebungen der Fraktionen der „Unabhängigen Sozialdemokraten“ im Reichstag und preussischen Landtag zum 1. Mai belegen nichts über die Arbeitsruhe an diesem Tage. Die Arbeiter werden darin nur aufgefordert, — überall da, wo es nur irgend möglich ist, ihre Stimmen für die Forderungen, die sie bis ins Letzte bewegen, für den Weltfrieden, für die Völkerverbrüderung zu erheben.

Ist also die Gefahr einer deutschen Revolution durchaus nicht vorhanden, so mag es doch einzelne theoretisierende Wirrköpfe geben, die mit diesem Gedanken ein freudentliches Spiel treiben, und so scheint es nicht unangebracht, einmal ernstlich und offen dem Problem ins Auge zu schauen.

Für welche Ziele könnte das deutsche Proletariat die furchtbaren Opfer eines Bürgerkrieges einsehen, Ziele hoch genug, um die Verantwortung vor der Geschichte zu tragen? Das wäre, dem deutschen Volk und der Welt den Frieden zu bringen, und, uns die Demokratie und den Sozialismus zu erringen. Fortschritte in der Richtung der Demokratie werden wir nach dem Kriege unzweifelhaft und trotzdem machen. Dem Sozialismus sind wir in Deutschland näher, als in allen anderen Kulturstaaten. Doch wir die sozialistische Wirtschaftsordnung inmitten und nach einem gewalttätigen Umsturz etablieren könnten, ist ein Köhlerglaube, den man mit dem Planquieszenz für ausgeschlossen halten sollte. Ganz abgesehen davon, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch lange nicht ihren Reifegrad erreicht hat, der notwendig ist, um einer andern Platz zu machen. Glauben die „Unabhängigen“ und Spartakusleute etwa, die Engländer oder Franzosen würden vor einem sozialistischen Deutschland Halt machen, oder daß sie einem „demokratischen Deutschland“ gegenüber auf ihre Eroberungs- und Zerschmetterungspläne Verzicht leisten? Der Sozialismus, der im Werden begriffen ist, kann nur weiter- und bis zu seinen letzten Konsequenzen durchgeführt werden durch organisierte Fortbildung des Bestehenden. Aber selbst diejenigen, die noch immer auf eine Katastrophe ihre Hoffnungen aufbauen, müßten zunächst den Frieden zu erlangen trachten, wenn sie nicht wollen, daß für das deutsche Volk zu dem eigenen kapitalistischen Druck auch noch das Joch des Eroberers komme.

Den Frieden aber kann uns die innere Uneinigkeit nicht bringen. Oder doch nur den Frieden, den unsere Feinde nach gänzlicher Vernichtung Deutschlands diktiert würden. Die vollkommene Verklavung des deutschen Volkes wäre die Folge. . . . Das russische Volk — Bürgertum und Proletariat — konnte sich eine Revolution leisten, ohne deshalb eine Vernichtung durch die Kriegsgegner befürchten zu müssen, ganz abgesehen davon, daß hier ein Vernichtungswille auch gar nicht besteht. In Rußland war gegen das Zarenthum erst das zu gewinnen, was Bürgertum und Arbeitererschaft in Deutschland — trotz aller Mängel — doch schon besitzen. Jahrzehntelange heisse Kämpfe wird das russische Proletariat aber noch zu führen haben, das Ertrugene zu befestigen und auszubauen, um Rußland auch mit annähernd auf demselben Wirtschafts- und Kulturzustand zu bringen, den Deutschland jetzt einnimmt. Und doch beginnen schon jetzt die russischen Sozialisten ihr Vaterland anders einzuschätzen als ehemals. Einige von ihnen sind ins Ministerium eingetreten; und die Arbeiter verpflichten sich, nachdem sie „prinzipiell“ den Achtundzestag durchgedrückt haben, zu Ueberstunden und Sonntagsarbeit, um die Versorgung des Heeres mit Munition nicht zu gefährden. Sie haben heute schon etwas

zu verlieren, ihr Nationalgefühl — unsere Unbelehrbaren würden sagen, ihr „Sozialimperialismus“ — ist erwacht und die Verteidigung ihres Vaterlandes, dessen Los vielen von ihnen bis dahin ziemlich gleichgültig schien, ist nunmehr Herzens- und Ueberzeugungssache geworden. Eine nachträgliche Rechtfertigung der Haltung der deutschen Parteimehrheit.

Der russische Koloss war bei starken inneren Wirren durch den äußeren Feind nicht zu vernichten, er soll nur zu einem Frieden gebracht werden, der nach den Kundgebungen der deutschen und österreichischen Regierung für das russische Volk nichts demütigendes haben kann. Das von allen Seiten umringte Deutschland braucht jedes Quäntchen Kraft, um sich zu behaupten, seine Existenz für die Zukunft zu sichern.

Diese Ueberzeugung ist in der deutschen Arbeitererschaft so tief gewurzelt, daß sie niemand darin wankend machen wird. Aber wohl ist es möglich, daß der Ernst der Lage, die Notwendigkeit robuster und ausreichender Munitionsbelieferung im Interesse unserer Söhne und Brüder im Feldher nicht von Jedem vollumfänglich anerkannt wird. Darum ist es eine Gewissenlosigkeit, fernersehen, wenn einzelne politische Gruppen und Gruppchen es versuchen sollten, in dieser für das ganze deutsche Volk so schweren Zeit, die Arbeiter zu Handlungen anzuregen, die auf keinen Fall geeignet sind, den Krieg abzukürzen. Unter diesen Umständen wird es die aufgeklärte nüchtern denkende Arbeitererschaft Deutschlands auch vermeiden, den ersten Mai zu solchen Demonstrationen auszunutzen, die mit Verringerung der Arbeitsleistung in den Munitionsfabriken verbunden sind.

Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

Weitere französische Angriffe blutig abgewiesen. — Großer Erfolg im Luftkampf.

W.W. Großes Hauptquartier, Antlisch, 1. Mai 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Bei Arras blieb die Kampftätigkeit der Artillerie auf beiden Scarpe-Ufern wechselnd stark.

Vormwärts unserer Kampflinie bei St. Quentin finden täglich kleine Gefechte unserer Sicherungen mit den Vortruppen der Gegner statt. St. Quentin selbst liegt oft unter Feuer. Gestern erhielt die Kathedrale fünf Treffer.

Heeresgruppe des deutschen Kronprinzen.

In der Aisne, am Aisne-Marne-Kanal und in der Champagne zwischen Sillery und der Suippes-Niederung dauerte die Artilleriekämpfe mit wenigen Unterbrechungen an. Zwischen Soissons und Reims war sie vor allem gegen Abend heftig. Nachts bei Berry-au-Bac, am Brimont und östlich von Courcy vorstehende Erkundungsabteilungen der Franzosen wurden zurückgeschlagen.

In der Champagne steigerte sich am Vormittag das Feuer zu stundenlangem stärkerer Wirkung.

Nach Mittag setzte zwischen Prosnas und Auberde der französische Angriff ein. Frische Divisionen waren herangeführt, um uns die Höhenstellungen südlich von Nauroy und Moronvilliers zu entreißen.

Der Ansturm ist am zähen Widerstand unserer Truppen gescheitert. Nach hartem Hin und Herbogendem Ringen sind die dort kämpfenden holländischen, sächsischen und brandenburgischen Regimenter im vollen Besitz ihrer Stellungen. Der Feind hat schwere Verluste erlitten.

Ein zweiter Angriff abends südlich von Nauroy vorbrechend, vermochte an dem Misserfolg nichts zu ändern.

Armee des Generalfeldmarshalls Herzog Albrecht von Württemberg

Nichts Neues.

Gestern wurden 22 feindliche Flugzeuge im Luftkampf, drei durch Flugabwehrkanonen abgeschossen.

Drei unserer Kampfeinheiten griffen eine Gruppe von 5 französischen Fesselballons nordwestlich von Reims an und brachten sie sämtlich brennend zum Absturz.

Deutscher Kriegsberichts

In mehreren Frontabschnitten forderte russische Artilleriefeuer unsere Gegenwirkung heraus.

Mazedonische Front.

Im Cerna-Bogen und westlich des Bardar hat in den letzten Tagen lebhafteres Feuer angehalten.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W.W. Berlin, 1. Mai, abends. (Antlisch.) Bei Arras, an der Aisne und in der Champagne für uns günstiger Artilleriekampf. Bei Lens, Monchy und Fontaine (Artois) sowie bei Cerny (Aisne) schütterten englische und französische Teilangriffe. Im Osten nichts Neues.

Fliegerkämpfe.

Wien, 1. Mai. (W.W. Nicht antlisch.) Am 29. April abends belegte eines unserer Seeflugzeuggeschwader Baraden und andere militärische Objekte von Villa Vicentina mit gutem Erfolg mit Bomben und beobachtete mehrere Brände. Alle Flieger sind zurückgekehrt. Ein darauffolgender Angriff zweier feindlicher Flieger auf Orte bei Trieste hatte keinerlei Erfolg.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 1. Mai. (W.W. Nicht antlisch.) Antlischer Bericht von gestern. Kaukasusfront: Durch die Lebhaftigkeit unserer Patrouillen wurde festgestellt, daß der Feind an mehreren Stellen seine vorgehobenen Posten und Patrouillen zurückgezogen hatte. Da, wo es zwischen unseren Patrouillen und denen des Feindes noch zu Kämpfen kam, verliefen diese durchweg zu unseren Gunsten. Es gelang uns, mehrere Dörfer zu besetzen, die bisher im Besitze des Feindes waren. Von den übrigen Fronten wurden keine besonderen Ereignisse gemeldet.

Französischer Bericht.

W.W. Paris, 1. Mai. (Nicht antlisch.) Antlischer Bericht von gestern nachmittag: Während der Nacht ziemlich heftiger Artilleriekampf südlich von St. Quentin, in der Umgebung von Trochu, Hurtebise und Craonne. Unsere Batterien leisteten ihre zerstörerische Feuer auf deutsche Werke am Ruffio von Moronvilliers fort. Mehrere feindliche Angriffsvorjuche auf unsere Stützengraben und keine Posten im Abschnitt von Hurtebise in Richtung auf den Cornilletberg und auf Les Chambrettes scheiterten in unserm Sperr- und Maschinengewehrfener. Ueberall sonst war die Nacht ruhig. — Flugwesen: Im Laufe der Nacht warfen feindliche Flugzeuge mehrere Bomben auf die Gegend von Dülltraben, Nancy und Velford. Keine Opfer; unbedeutender Sachschaden. Chalons und Epernay wurden ebenfalls mit Bomben besessen. Mehrere Opfer unter der Zivilbevölkerung. In der Nacht zum 29. April führte unsere Kampfgeschwader mehrere Unternehmungen aus. Ein am Boden liegender Fesselballon und einige Baraden sowie das dazu gehörige Personal wurden mit Bomben besessen. Es wurden Brände und Explosionen festgestellt. Rene Naveger, Weihenbille und Vivand bei Cerny erhielten zahlreiche Gefolge.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Der gescheiterte neue Angriff in der Champagne. — Schwere Niederlage der Franzosen am Hochberg. — Erfolgreiche Zellkämpfe an der Aisne.

W.W. Berlin, 1. Mai. Der unter schweren Verlusten für die Franzosen gescheiterte neue große Angriff in der Champagne am 30. April wurde durch schweres Artilleriefeuer vorbereitet und mit mehreren Teilvorstößen gegen den Hoch- und Keilberg eingeleitet, die alle blutig abgewiesen wurden. Die mit Sturmtruppen aufgefüllten französischen Gräben wurden an vielen Stellen dieses Frontabschnittes unter stärkster Vernichtungsfeuer genommen, so daß die Franzosen schon vor dem großen Hauptangriff schwere Verluste hatten. Nach einer erneuten Feuerpause und größter Heftigkeit erfolgte nachmittags 2 Uhr der geschlossene französische Hauptangriff gegen die Höhenstellungen nördlich Prosnas bis westlich Laudeincourt. In einer Breite von 11 Kilometern gingen frische französische Kräfte mit starker Wucht gegen unsere Stellung vor. Durch unsere Feuerwirbel wurden die Sturmkolonnen an vielen Stellen schon während des Vorgehens zusammengetrommelt, vernichtet und zur Rückkehr gezwungen. An anderen Stellen, wo die Franzosen in unsere Gräben einzudringen vermochten, wurden sie im Nahkampf mit Handgranaten und durch unsere Gegenstände sofort wieder geworfen. Im ersten Anprall der kräftig vorstehenden französischen Massen war der 4 Kilometer nördlich Prosnas gelegene Hochberg verloren gegangen. Unsere Truppen gingen zu einem sofortigen Gegenangriff vor und nahmen dem sich verzweifelt wehrenden Gegner den Hochberg wieder ab. Sie trugen den Gegenangriff über die eigenen Stellungen hinaus.

und brachten dem Gegner blutige Verluste bei. Auch bei Hochleberg erlitten die Franzosen eine schwere Niederlage. Nach wiederholten wütenden Feuerwellen besuchte der Franzose am frühen Abend und in der Nacht durch Einsatz rasch herbeigeführter frischer Kräfte das Schlachtfeld des Schlachttages zu seinen Gunsten zu lenken. Trotz größter blutiger Opfer und ungeheuren Munitionseinflusses schickten auch diese Angriffe vollkommen. Nach erbittertem Kampf und heroischem Kampfe ist unsere Infanterie im vollen Besitz ihrer bisherigen vorderen Linie.

Auch dieser neue französische Angriff endete mit einer schweren Niederlage der Franzosen.

Am der Aisne zerflatterten die französischen Angriffe in Teilkampfhandlungen, die für uns erfolgreich verliefen.

Abflauen der Gefechtsstätigkeit an der Arasfront. — Schwere Verluste des Gegners.

W.B. Berlin, 1. Mai. Im Raume von Arras unternahmen die ermatteten Engländer am 30. April keine großen Angriffe. Unser wirksames Vernichtungsgeschütz hielt die englischen Truppen in ihren Gräben nieder. Nur gegen unsere Stellungen bei Abions drang eine starke feindliche Patrouille unter dem Schutz von Rauch und Qualm vor. Sie wurde blutig abgewiesen. Desgleichen wurde ein schwächerer Versuch der Engländer, nördlich von Monchy in unsere Gräben einzudringen, durch Gegenstoß vereitelt. Nach diesem mißglückten Versuch flautete an der ganzen Arasfront die Gefechtsstätigkeit ab. Es bestätigt sich, daß die Verluste des Feindes am 28. und 29. April außerordentlich schwer gewesen sind. Allein in dem Abschnitt bei dem Dorfe Roeyr muß nach Zählung der Toten, die das Kampfgebiet bedecken, der Verlust der Engländer an Toten und Verwundeten die Zahl von 20 000 übersteigen. Bei Bullecourt machte im Laufe des Tages ein unserer immer wieder vorrückenden Aufklärungspatrouillen mehrere Gefangene. Gegen Abend blieb die feindliche Aktivität geringer als in den Vortagen, um in der Nacht wieder lebhafter zu werden.

Panzerwagen mit dem Roten Kreuz.

W.B. Berlin, 1. Mai. Das Vergehen der Tanks in der Araschlacht hat die Franzosen an der Aisne zu einem neuen Völkerrechtsbruch veranlaßt. Sie hoben Tanks mit dem Roten Kreuzabzeichen versehen und sie als angebliche Sanitätsautos vorgeschickt. Bei Zubincourt, wo den Franzosen das Vordringen über den ersten Graben geglückt war, sah die Bedienungsmannschaft einer Batterie sechs solcher Ungetüme mit dem Roten Kreuz-Abzeichen heranrollen. Nach der ersten Verblüffung erkannte die Mannschaft den Betrug. Aus 1000 Meter Entfernung eröffnete sie sofort das Feuer gegen die Tanks. Bereits der dritte Schuß war ein Volltreffer im Führerstand. Schwerfällig versuchten die übrigen umzukehren und auszuweichen. Was keinem gelang. Alle sechs Panzerkampfwagen mit dem aufgemalten Roten Kreuz liegen verchristet vor Zubincourt.

3000 Mk. Belohnung.

Berlin, 1. Mai. Das Oberkommando in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:

3000 Mk. Belohnung! Unsere Feinde sind am Werk, um die deutsche Volks Unzufriedenheit und Zwietracht zu erregen. Deutschland soll um die Friede seiner mit großen Opfern an Gut und Blut erzwungenen Erlöse gebracht werden. Selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen ist es, zur Entlarbung solcher Agenten im feindlichen Dienste beizutragen. Sie treiben im Gewande bürgerlicher, Pädagogen, politischer Agitatoren, ja auch in feldgrauer Mäntel ihr hochverräterisches Handwerk. Wer einen solchen Verbrecher zur Strafverfolgung bringt, erhält obige Belohnung.

Berlin, den 28. April 1917.

Wirkung der U-Boote.

Berlin, 1. Mai. (Amtlich.) Lord Veresford richtete im englischen Oberhaus an die Admiralität mehrere Anfragen über die Landbootgefahr. Er erklärte, die letzte Hochseefahrt der Schiffsüberführungen sei erschreckend und doch betreffe die Statistik nur britische Schiffe, obwohl „in Wirklichkeit jetzt neutral Schiffe unser Land ernähren“. Selbst wenn es gelänge, den Ocean morgen von Tauchbooten zu säubern, würde der Schiffsraumangel nicht beseitigt werden. Er sehe nicht ein, wie Amerika England über die nächsten Monate hinaus zu helfen vermöge. Daher müsse der Schiffsbau allen anderen Maßnahmen vorangestellt werden. Lord Lytton erwiderte, der Bau von einseitlichen Sanktionschiffen mache befriedigende Fortschritte. Einige würden im Juni fertiggestellt sein.

Der Zweck erreicht.

W.B. Berlin, 1. Mai. (Amtlich.) In Frankreich wurden, wie bekannt, deutsche Kriegsgefangene seit dem Sommer 1916 im Operationsgebiet zum Teil sogar in der Feuerzone, bei unzulässiger Unterbringung und Behandlung zu völkerrechtswidrigen Arbeiten gezwungen. Deutsche Proteste blieben ergebnislos. Daher schritt die deutsche Heeresverwaltung Mitte Januar 1917 zur Vergeltung. Mehrere tausend französische Kriegsgefangene wurden in die Feuerzone übergeführt und den gleichen Bedingungen unterworfen wie die Kriegsgefangenen Deutschen hinter der französischen Front. Frankreich war diese Gegenmaßregel angebroht und dabei mitgeteilt worden, daß sie in Kraft treten würde, bis alle deutschen Kriegsgefangenen mindestens 30 Kilometer hinter die Front zurückgenommen werden, wo sie nicht mehr durch deutsches Feuer gefährdet sind. Die Gegenmaßregel hat ihren Zweck erreicht. Die französische Regierung hat die Forderung angenommen und erklärt, daß die Zurückführung aller deutschen Kriegsgefangenen auf 30 Kilometer hinter die Front am 1. Mai beendet sein wird. Daraufhin veranlaßte die Heeresverwaltung, daß gleichzeitig die französischen Kriegsgefangenen auf mindestens 30 Kilometer hinter die Front abtransportiert werden.

Eine Warnung Joffres an die Amerikaner.

W.B. Amsterdam, 1. Mai. (Nicht amtlich.) Die „Times“ meldet aus Washington: In einem Gespräch im

Kriegsamt erklärte Joffre, gegen die Entsendung einer kleinen amerikanischen Streitmacht sei nichts einzuwenden. Es würde eine gute moralische Wirkung haben, aber er warne vor der Entsendung einer großen Armee, ehe sie in Ueberfluß über Munition und Reservisten verfüge.

Die brasilianischen Sozialisten für die Neutralität Brasiliens.

W.B. Buenos Aires, 1. Mai. (Nicht amtlich.) Meldung der Ag. Havas. Der Kongreß der Sozialisten hat nach mehrstündiger Sitzung mit 4310 gegen 3757 Stimmen sich für unbedingte Neutralität ausgesprochen.

(Die starke Minderheit gibt zu denken. Red.)

Die Lage in Rußland.

Petersburg, 1. Mai. (W.B. Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Tel. Ag. Die provisorische Regierung hatte bekanntlich erklärt, daß die Petersburger Garnison weder aus der Stadt herangezogen, noch an die Front geschickt werden solle, vielmehr jederzeit bereit sein würde, jeden Versuch einer Gegenrevolution in der Hauptstadt oder anderswo entgegenzutreten. Gestern hat nun der Rat der Arbeiter- und Soldatenvertreter angesichts der Notwendigkeit, das gegen den Feind kämpfende Heer durch weitere Truppenträger und militärische Techniker zu ergänzen, beschlossen, daß die Petersburger Garnison nach Bedürfnis verschiedene taktische Einheiten mit Erlaubnis des Rates in jedem Einzelfalle an die Front geschickt werden können.

In Petersburg hat sich ein allgemeiner Bund von Armeem- und Marineoffizieren gebildet, zu dem Zweck, der obersten Vorgesetztenleitung die Neuordnung des Heeres auf den neuen Grundlagen zu erleichtern, seine Kampfkraft zu erhöhen und den Krieg bis zum Siege durchzuführen.

Zur Annexionsfrage.

Von Verus.

Es. Unter den Differenzen über die deutschen Kriegsziele ist sicherlich die stärkste und unausgeglichenste die Frage der Annexionen, das heißt die Frage, ob und welche Gebiete der von uns besetzten feindlichen Landesteile wir beim Friedensschlusse behalten sollen. Die alldeutsche Presse möchte, wie die Leser wissen, am liebsten nicht nur die von uns jetzt besetzten Gebiete der Feinde Deutschlands einverleiben, sondern auch noch darüber beim Friedensschlusse auf dem Kontinent und in den Kolonialgebieten ansetzen. Der Ausschüß unserer Partei hat auf der anderen Seite erneut den Schlachtruf gegen jede Annexions- und Eroberungspolitik erhoben und damit die ganze Frage zur Diskussion gebracht.

Wir möchten an dieser Diskussion nicht mit politischen Gründen, sondern rein sachlichen Erwägungen teilnehmen und zunächst wiederum in Erinnerung rufen, daß doch wohl auch derjenige, der auf dem Standpunkt steht, daß dieser Krieg ohne Annexionen beendet werden müsse, dabei nicht vergessen darf, daß der gegenwärtige Besitz an feindlichem Gebiet einer bei den Friedensverhandlungen ausschlaggebenden Trümpf als Gegengewicht gegen das uns Weggenommene, Kolonien usw. in unseren Händen darstellt, den man nicht vorzeitig, bereits preisgeben, weggeben darf. Es kann sehr sehr leicht dahin kommen, daß die Feinde in solchem ehrlichen Angebot, das nur die Verhandlungen und das den Frieden erleichtern soll, ein deutliches Zeichen der Schwäche sehen und daraus erst recht Kriegsmut schöpfen und den Krieg verlängern. Das wichtigste sachliche Moment aber bleibt, daß die Annexionsfrage niemals aus dem ungeheuren Komplex der sämtlichen zusammenhängenden Friedensfragen herausgerissen werden kann. Im besonderen bildet die Annexionsfrage eine höchst wertvolle Vorfrage für die künftige Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft. Jeder weiß, daß der Krieg durch Englands Seeherrschaft Deutschland und die übrigen Zentralmächte von dieser Weltwirtschaft vollkommen abgetrennt hat, und daß der Wille unserer Feinde dahingeht, daß diese Isolierung der Zentralmächte durch den Frieden, wenn nicht äußerlich und formell, so doch inhaltlich und faktisch beseitigt werde. Wir haben unsere künftigen Kolonien und unsere sämtlichen Beziehungen zum Weltmarkt für die Verorgung mit Rohstoffen für unsere Industrie und mit Lebensmitteln für unsere Bevölkerung und die ganzen Absatzmöglichkeiten für unsere Industrieprodukte im Kriege verloren. Die Feinde werden alles versuchen, diesen Zustand auch für die Zukunft nach Möglichkeit zu erhalten und das einzige, was wir dagegen in der Hand haben, was uns Gewicht und Kraft gegenüber verleiht, sind die besetzten Gebiete. Die sogenannte Annexionsfrage also von vornherein anzufassen, das heißt die besetzten Gebiete von vornherein als preisgegeben amontieren, muß die Sicherung unserer künftigen Beziehungen zum Weltmarkt und damit die Sicherung unserer Industrie und unserer Ernährung, woran die Arbeiter gleichermaßen wie die Unternehmer interessiert sind, in Gefahr bringen und ihre Durchführung bei dem wirklichen Friedensschlusse außerordentlich erschweren.

Das sollte jedermann begreifen, wie immer er zu der politischen und wirtschaftlichen Seite der Annexionsfrage steht, und deshalb seine Stellungnahme zu der Annexionsfrage genau so bis zum wirklichen Friedensschlusse betonen, wie das jedermann mit den anderen Spezialfragen des Friedensschlusses bisher getan hat. Auf diese Weise würden auch die gesamten Kriegszielerörterungen unter den Parteien, die den Krieg siegreich für Deutschland gestalten wollen, erheblich an Schärfe nachlassen, und damit die innere Einigkeit und die zu einem baldigen Siege, was gleichbedeutend ist mit halbem Frieden, erheblich und erfreulich vermehren. Dieser baldige Sieg und damit das Kriegsende sind das Ziel, dem wir doch alle, von ein paar Wüterichen und Profiterischen, wie man jemand geschrieben hat, abgesehen, völlig einig sind.

Soziale und politische Reformen in Ungarn?

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht, wie aus Budapest berichtet wird, ein Handschreiben des Kaisers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokratische Wahlreform“ vom Jahre 1913 dahin zu „ergänzen“, daß außer den gebildeten Unteroffizieren, denen das Wahlrecht durch die frühere Wahlreform verliehen worden ist, künftig auch die Inhaber der Tapferkeitsmedaille das Stimmrecht erhalten sollen. Die Regierung verheißt sich allerdings nicht der Erwägung weiterer Vorschläge, die die demokratische Wahlreform vom Jahre 1913 entsprechend ergänzen; aber die „Grundprinzipien“ jenes Gesetzes dürften nicht erschüttert und die für die politische Stellung der Intelligenz“ dürfe nicht gefährdet werden.

Das heißt: das ungarische Junkertum will keine Wahlreform zulassen, die seiner privilegierten politischen Stellung gefährlich wird. Mit derselben rücksichtslosen Hartnäckigkeit, mit der das preussische Junkertum an seinen politischen Privilegien festhält, suchen die magyarischen Junker ihre Vorherrschaft im Staate aufrechtzuerhalten, eine Vorherrschaft, die ihnen ebensowenig gebührt wie ihren ökonomischen Vätern und die in Ungarn wie in Preußen gebrochen werden muß, wenn die Masse des Volkes endlich den ihr gebührenden Einfluß auf die Geschichte des Staates gewinnt und diesen Staat aus einem Instrument zur Vertretung der Junkerinteressen zu einem Instrument der allgemeinen Wohlfahrt machen will.

Deutsches Reich.

Vertagung des Fideikommissgesetzes.

W.B. Berlin, 1. Mai. In der heutigen Sitzung des Seniorenkonzents wurde beschloffen, die Verhandlung des Fideikommissgesetzes bis zum Herbst auszusetzen, unter der Voraussetzung, daß der Reichstag seinerseits gleichfalls bestimmt auf eine Fideikommiss-Debatte verzichtet.

Sodann erklärte der Seniorenkonzent sein Einverständnis damit, daß die Regierung ermächtigt werde, das Abgeordnetehaus vom 15. Mai bis zum 27. September zu vertagen. Dieser Beschluß wurde an die Bedingungen geknüpft, daß eine Vertagung nicht eher eintreten soll, als geknüpft, daß eine Vertagung nicht eher eintreten soll, als bis das Wohnungsgesetz im Landtag erledigt ist.

Ein konservativer Vorstoß.

Der engere Vorstand der konservativen Partei hat folgende Entschliebung gefaßt:

„Der engere Vorstand der konservativen Partei gibt den ernstlichen und schweren Bedenken Ausdruck, mit denen ihn das Verhalten und der anscheinend stets wachsende Einfluß der Sozialdemokratie erfüllen.“

Der traurige Erfolg, daß deutsche Arbeiter während der kriegs- und größten Entscheidungsjahre der Weltgeschichte sich durch eine verwerfliche Besse aus dem Lager der unabhängigen sozialdemokratischen Partei bewegen ließen, die Arbeit zur Herstellung des nötigen Nützigen für unsere kämpfenden Brüder niederzulegen, läßt nicht erzieht werden können, wenn von anderer Seite für die nötige Aufklärung gesorgt und der Vorbereitung des Streiks mit der erforderlichen Entschiedenheit entgegengetreten worden wäre.

Der Parteivorstand der Sozialdemokraten, in dem verlangt wird, daß der Friede nach den Forderungen der sozialdemokratischen Internationale ohne Einmischung und ohne Entschädigung alsbald auf gemeinsamer Friedenskonferenz beschlossen werden soll, würde unser Vaterland, wenn er zur Durchführung gelangte, dem Abgrunde zuführen. Er würde uns die Möglichkeit eines Friedens berauben, der den unermesslichen Opfern und den glänzenden Woffentaten unserer über alles Wahre erhabenen siegreichen Heere und unserer Flotte entspricht, die geistliche Entwicklung unseres Vaterlandes unter einer starken Monarchie gewährleistet und durch ausreichende Entschädigung uns die Möglichkeit gibt, die Wunden des Krieges zu heilen. Nur für einen solchen siegreichen deutschen Frieden können wir eintreten.

Wir vermessen eine klare und entschiedene Stellungnahme der Reichsregierung gegen die Kundgebung der Sozialdemokratie. Die Ereignisse zeigen aufs neue, daß eine Politik fortgesetzten Nachgebens gegen unbedingte sozialdemokratische Forderungen nicht die Einigkeit und Geschlossenheit des Siegeswillens in unserer Volksfront fördert. Wohl aber birgt sie die schwere Gefahr in sich, daß durch anhaltende Schwächung unserer monarchischen Einrichtungen und durch völlige Demokratisierung unseres Staatswesens die Zukunft des Reiches im Innern schwer gefährdet wird.

Um so dringender und unabweisbarer erscheint uns die Pflicht aller unserer Parteifreunde in Stadt und Land, fest und treu zu unseren bewährten Grundfäden zu stehen, ihre ganze Kraft auf ihren vollen Einsatz dafür einzusetzen, daß unser Volk in pflichttreuer Opferwilligkeit und in feinsten aufrichtigem Siegeswillen sich des Heeres und der Flotte würdig erweist.

Auch diese Entschliebung genügt von der Angst der Konservativen vor der Erneuerung unseres innerpolitischen Lebens. Die Demokratisierung wird kommen, denn es gibt keine Macht, die stark genug wäre, sie zu verhindern.

Neu...

W.B. Berlin, 1. Mai. In der heutigen Sitzung des Seniorenkonzents wurde beschloffen, die Verhandlung des Fideikommissgesetzes bis zum Herbst auszusetzen, unter der Voraussetzung, daß der Reichstag seinerseits gleichfalls bestimmt auf eine Fideikommiss-Debatte verzichtet.

Sodann erklärte der Seniorenkonzent sein Einverständnis damit, daß die Regierung ermächtigt werde, das Abgeordnetehaus vom 15. Mai bis zum 27. September zu vertagen. Dieser Beschluß wurde an die Bedingungen geknüpft, daß eine Vertagung nicht eher eintreten soll, als geknüpft, daß eine Vertagung nicht eher eintreten soll, als bis das Wohnungsgesetz im Landtag erledigt ist.

Ein konservativer Vorstoß.

Der engere Vorstand der konservativen Partei hat folgende Entschliebung gefaßt:

„Der engere Vorstand der konservativen Partei gibt den ernstlichen und schweren Bedenken Ausdruck, mit denen ihn das Verhalten und der anscheinend stets wachsende Einfluß der Sozialdemokratie erfüllen.“

Der traurige Erfolg, daß deutsche Arbeiter während der kriegs- und größten Entscheidungsjahre der Weltgeschichte sich durch eine verwerfliche Besse aus dem Lager der unabhängigen sozialdemokratischen Partei bewegen ließen, die Arbeit zur Herstellung des nötigen Nützigen für unsere kämpfenden Brüder niederzulegen, läßt nicht erzieht werden können, wenn von anderer Seite für die nötige Aufklärung gesorgt und der Vorbereitung des Streiks mit der erforderlichen Entschiedenheit entgegengetreten worden wäre.

Der Parteivorstand der Sozialdemokraten, in dem verlangt wird, daß der Friede nach den Forderungen der sozialdemokratischen Internationale ohne Einmischung und ohne Entschädigung alsbald auf gemeinsamer Friedenskonferenz beschlossen werden soll, würde unser Vaterland, wenn er zur Durchführung gelangte, dem Abgrunde zuführen. Er würde uns die Möglichkeit eines Friedens berauben, der den unermesslichen Opfern und den glänzenden Woffentaten unserer über alles Wahre erhabenen siegreichen Heere und unserer Flotte entspricht, die geistliche Entwicklung unseres Vaterlandes unter einer starken Monarchie gewährleistet und durch ausreichende Entschädigung uns die Möglichkeit gibt, die Wunden des Krieges zu heilen. Nur für einen solchen siegreichen deutschen Frieden können wir eintreten.

Wir vermessen eine klare und entschiedene Stellungnahme der Reichsregierung gegen die Kundgebung der Sozialdemokratie. Die Ereignisse zeigen aufs neue, daß eine Politik fortgesetzten Nachgebens gegen unbedingte sozialdemokratische Forderungen nicht die Einigkeit und Geschlossenheit des Siegeswillens in unserer Volksfront fördert. Wohl aber birgt sie die schwere Gefahr in sich, daß durch anhaltende Schwächung unserer monarchischen Einrichtungen und durch völlige Demokratisierung unseres Staatswesens die Zukunft des Reiches im Innern schwer gefährdet wird.

Um so dringender und unabweisbarer erscheint uns die Pflicht aller unserer Parteifreunde in Stadt und Land, fest und treu zu unseren bewährten Grundfäden zu stehen, ihre ganze Kraft auf ihren vollen Einsatz dafür einzusetzen, daß unser Volk in pflichttreuer Opferwilligkeit und in feinsten aufrichtigem Siegeswillen sich des Heeres und der Flotte würdig erweist.

Auch diese Entschliebung genügt von der Angst der Konservativen vor der Erneuerung unseres innerpolitischen Lebens. Die Demokratisierung wird kommen, denn es gibt keine Macht, die stark genug wäre, sie zu verhindern.

Soziale und politische Reformen in Ungarn?

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht, wie aus Budapest berichtet wird, ein Handschreiben des Kaisers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokratische Wahlreform“ vom Jahre 1913 dahin zu „ergänzen“, daß außer den gebildeten Unteroffizieren, denen das Wahlrecht durch die frühere Wahlreform verliehen worden ist, künftig auch die Inhaber der Tapferkeitsmedaille das Stimmrecht erhalten sollen. Die Regierung verheißt sich allerdings nicht der Erwägung weiterer Vorschläge, die die demokratische Wahlreform vom Jahre 1913 entsprechend ergänzen; aber die „Grundprinzipien“ jenes Gesetzes dürften nicht erschüttert und die für die politische Stellung der Intelligenz“ dürfe nicht gefährdet werden.

Soziale und politische Reformen in Ungarn?

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht, wie aus Budapest berichtet wird, ein Handschreiben des Kaisers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokratische Wahlreform“ vom Jahre 1913 dahin zu „ergänzen“, daß außer den gebildeten Unteroffizieren, denen das Wahlrecht durch die frühere Wahlreform verliehen worden ist, künftig auch die Inhaber der Tapferkeitsmedaille das Stimmrecht erhalten sollen. Die Regierung verheißt sich allerdings nicht der Erwägung weiterer Vorschläge, die die demokratische Wahlreform vom Jahre 1913 entsprechend ergänzen; aber die „Grundprinzipien“ jenes Gesetzes dürften nicht erschüttert und die für die politische Stellung der Intelligenz“ dürfe nicht gefährdet werden.

Soziale und politische Reformen in Ungarn?

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht, wie aus Budapest berichtet wird, ein Handschreiben des Kaisers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokratische Wahlreform“ vom Jahre 1913 dahin zu „ergänzen“, daß außer den gebildeten Unteroffizieren, denen das Wahlrecht durch die frühere Wahlreform verliehen worden ist, künftig auch die Inhaber der Tapferkeitsmedaille das Stimmrecht erhalten sollen. Die Regierung verheißt sich allerdings nicht der Erwägung weiterer Vorschläge, die die demokratische Wahlreform vom Jahre 1913 entsprechend ergänzen; aber die „Grundprinzipien“ jenes Gesetzes dürften nicht erschüttert und die für die politische Stellung der Intelligenz“ dürfe nicht gefährdet werden.

fers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokratische Wahlreform“ vom Jahre 1913 dahin zu „ergänzen“, daß außer den gebildeten Unteroffizieren, denen das Wahlrecht durch die frühere Wahlreform verliehen worden ist, künftig auch die Inhaber der Tapferkeitsmedaille das Stimmrecht erhalten sollen. Die Regierung verheißt sich allerdings nicht der Erwägung weiterer Vorschläge, die die demokratische Wahlreform vom Jahre 1913 entsprechend ergänzen; aber die „Grundprinzipien“ jenes Gesetzes dürften nicht erschüttert und die für die politische Stellung der Intelligenz“ dürfe nicht gefährdet werden.

Das heißt: das ungarische Junkertum will keine Wahlreform zulassen, die seiner privilegierten politischen Stellung gefährlich wird. Mit derselben rücksichtslosen Hartnäckigkeit, mit der das preussische Junkertum an seinen politischen Privilegien festhält, suchen die magyarischen Junker ihre Vorherrschaft im Staate aufrechtzuerhalten, eine Vorherrschaft, die ihnen ebensowenig gebührt wie ihren ökonomischen Vätern und die in Ungarn wie in Preußen gebrochen werden muß, wenn die Masse des Volkes endlich den ihr gebührenden Einfluß auf die Geschichte des Staates gewinnt und diesen Staat aus einem Instrument zur Vertretung der Junkerinteressen zu einem Instrument der allgemeinen Wohlfahrt machen will.

Deutsches Reich.

Vertagung des Fideikommissgesetzes.

W.B. Berlin, 1. Mai. In der heutigen Sitzung des Seniorenkonzents wurde beschloffen, die Verhandlung des Fideikommissgesetzes bis zum Herbst auszusetzen, unter der Voraussetzung, daß der Reichstag seinerseits gleichfalls bestimmt auf eine Fideikommiss-Debatte verzichtet.

Sodann erklärte der Seniorenkonzent sein Einverständnis damit, daß die Regierung ermächtigt werde, das Abgeordnetehaus vom 15. Mai bis zum 27. September zu vertagen. Dieser Beschluß wurde an die Bedingungen geknüpft, daß eine Vertagung nicht eher eintreten soll, als geknüpft, daß eine Vertagung nicht eher eintreten soll, als bis das Wohnungsgesetz im Landtag erledigt ist.

Ein konservativer Vorstoß.

Der engere Vorstand der konservativen Partei hat folgende Entschliebung gefaßt:

„Der engere Vorstand der konservativen Partei gibt den ernstlichen und schweren Bedenken Ausdruck, mit denen ihn das Verhalten und der anscheinend stets wachsende Einfluß der Sozialdemokratie erfüllen.“

Der traurige Erfolg, daß deutsche Arbeiter während der kriegs- und größten Entscheidungsjahre der Weltgeschichte sich durch eine verwerfliche Besse aus dem Lager der unabhängigen sozialdemokratischen Partei bewegen ließen, die Arbeit zur Herstellung des nötigen Nützigen für unsere kämpfenden Brüder niederzulegen, läßt nicht erzieht werden können, wenn von anderer Seite für die nötige Aufklärung gesorgt und der Vorbereitung des Streiks mit der erforderlichen Entschiedenheit entgegengetreten worden wäre.

Der Parteivorstand der Sozialdemokraten, in dem verlangt wird, daß der Friede nach den Forderungen der sozialdemokratischen Internationale ohne Einmischung und ohne Entschädigung alsbald auf gemeinsamer Friedenskonferenz beschlossen werden soll, würde unser Vaterland, wenn er zur Durchführung gelangte, dem Abgrunde zuführen. Er würde uns die Möglichkeit eines Friedens berauben, der den unermesslichen Opfern und den glänzenden Woffentaten unserer über alles Wahre erhabenen siegreichen Heere und unserer Flotte entspricht, die geistliche Entwicklung unseres Vaterlandes unter einer starken Monarchie gewährleistet und durch ausreichende Entschädigung uns die Möglichkeit gibt, die Wunden des Krieges zu heilen. Nur für einen solchen siegreichen deutschen Frieden können wir eintreten.

Wir vermessen eine klare und entschiedene Stellungnahme der Reichsregierung gegen die Kundgebung der Sozialdemokratie. Die Ereignisse zeigen aufs neue, daß eine Politik fortgesetzten Nachgebens gegen unbedingte sozialdemokratische Forderungen nicht die Einigkeit und Geschlossenheit des Siegeswillens in unserer Volksfront fördert. Wohl aber birgt sie die schwere Gefahr in sich, daß durch anhaltende Schwächung unserer monarchischen Einrichtungen und durch völlige Demokratisierung unseres Staatswesens die Zukunft des Reiches im Innern schwer gefährdet wird.

Um so dringender und unabweisbarer erscheint uns die Pflicht aller unserer Parteifreunde in Stadt und Land, fest und treu zu unseren bewährten Grundfäden zu stehen, ihre ganze Kraft auf ihren vollen Einsatz dafür einzusetzen, daß unser Volk in pflichttreuer Opferwilligkeit und in feinsten aufrichtigem Siegeswillen sich des Heeres und der Flotte würdig erweist.

Auch diese Entschliebung genügt von der Angst der Konservativen vor der Erneuerung unseres innerpolitischen Lebens. Die Demokratisierung wird kommen, denn es gibt keine Macht, die stark genug wäre, sie zu verhindern.

Soziale und politische Reformen in Ungarn?

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht, wie aus Budapest berichtet wird, ein Handschreiben des Kaisers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokratische Wahlreform“ vom Jahre 1913 dahin zu „ergänzen“, daß außer den gebildeten Unteroffizieren, denen das Wahlrecht durch die frühere Wahlreform verliehen worden ist, künftig auch die Inhaber der Tapferkeitsmedaille das Stimmrecht erhalten sollen. Die Regierung verheißt sich allerdings nicht der Erwägung weiterer Vorschläge, die die demokratische Wahlreform vom Jahre 1913 entsprechend ergänzen; aber die „Grundprinzipien“ jenes Gesetzes dürften nicht erschüttert und die für die politische Stellung der Intelligenz“ dürfe nicht gefährdet werden.

Soziale und politische Reformen in Ungarn?

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht, wie aus Budapest berichtet wird, ein Handschreiben des Kaisers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokratische Wahlreform“ vom Jahre 1913 dahin zu „ergänzen“, daß außer den gebildeten Unteroffizieren, denen das Wahlrecht durch die frühere Wahlreform verliehen worden ist, künftig auch die Inhaber der Tapferkeitsmedaille das Stimmrecht erhalten sollen. Die Regierung verheißt sich allerdings nicht der Erwägung weiterer Vorschläge, die die demokratische Wahlreform vom Jahre 1913 entsprechend ergänzen; aber die „Grundprinzipien“ jenes Gesetzes dürften nicht erschüttert und die für die politische Stellung der Intelligenz“ dürfe nicht gefährdet werden.

Soziale und politische Reformen in Ungarn?

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht, wie aus Budapest berichtet wird, ein Handschreiben des Kaisers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokratische Wahlreform“ vom Jahre 1913 dahin zu „ergänzen“, daß außer den gebildeten Unteroffizieren, denen das Wahlrecht durch die frühere Wahlreform verliehen worden ist, künftig auch die Inhaber der Tapferkeitsmedaille das Stimmrecht erhalten sollen. Die Regierung verheißt sich allerdings nicht der Erwägung weiterer Vorschläge, die die demokratische Wahlreform vom Jahre 1913 entsprechend ergänzen; aber die „Grundprinzipien“ jenes Gesetzes dürften nicht erschüttert und die für die politische Stellung der Intelligenz“ dürfe nicht gefährdet werden.

Soziale und politische Reformen in Ungarn?

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht, wie aus Budapest berichtet wird, ein Handschreiben des Kaisers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokratische Wahlreform“ vom Jahre 1913 dahin zu „ergänzen“, daß außer den gebildeten Unteroffizieren, denen das Wahlrecht durch die frühere Wahlreform verliehen worden ist, künftig auch die Inhaber der Tapferkeitsmedaille das Stimmrecht erhalten sollen. Die Regierung verheißt sich allerdings nicht der Erwägung weiterer Vorschläge, die die demokratische Wahlreform vom Jahre 1913 entsprechend ergänzen; aber die „Grundprinzipien“ jenes Gesetzes dürften nicht erschüttert und die für die politische Stellung der Intelligenz“ dürfe nicht gefährdet werden.

Soziale und politische Reformen in Ungarn?

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht, wie aus Budapest berichtet wird, ein Handschreiben des Kaisers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokratische Wahlreform“ vom Jahre 1913 dahin zu „ergänzen“, daß außer den gebildeten Unteroffizieren, denen das Wahlrecht durch die frühere Wahlreform verliehen worden ist, künftig auch die Inhaber der Tapferkeitsmedaille das Stimmrecht erhalten sollen. Die Regierung verheißt sich allerdings nicht der Erwägung weiterer Vorschläge, die die demokratische Wahlreform vom Jahre 1913 entsprechend ergänzen; aber die „Grundprinzipien“ jenes Gesetzes dürften nicht erschüttert und die für die politische Stellung der Intelligenz“ dürfe nicht gefährdet werden.

Soziale und politische Reformen in Ungarn?

Das Amtsblatt der ungarischen Regierung veröffentlicht, wie aus Budapest berichtet wird, ein Handschreiben des Kaisers Karl an den ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Tisza, in dem ausgedrückt wird, daß der Kaiser, nachdem er in einer Reihe von Audienzen sich von Vertretern der verschiedenen politischen Parteien Ungarns über die politische Lage des Landes habe unterrichten lassen, keinen Anlaß sehe, sich von der Regierung zu trennen, hinter der die Mehrheit des Parlaments stehe. Nach dieser Vertrauenskundgebung für die Regierung des Grafen Tisza fordert das Handschreiben die Regierung auf, daß sie mit der erprobten Treue auch weiterhin die Angelegenheiten des Landes führe und entsprechende Vorschläge unterbreite, die der Nation für ihre in den entscheidenden Tagen des jetzigen Weltkrieges bewiesene, bewundernswürdige Kraftentfaltung und für ihre patriotische Haltung die dankbare Anerkennung der Krone in einer Reihe von Volkswohlfahrtsmaßnahmen und einer solchen Ausdehnung des Wahlrechtes zum Ausdruck bringen, die mit Berücksichtigung der Existenzberechtigung des ungarischen Staates den gegenwärtigen Zeiten und den durch das Volk gebrauchten Opfern entspricht. In Ausführung dieses Auftrags wird, wie weiterhin aus Budapest berichtet wird, die Regierung mit einer Reihe von Vorschlägen auf hygienischen, kulturellen und sozialen Gebiet hervortreten. In der Hauptfrage des Augenblicks, der Wahlrechtsvorlage, scheint die Regierung indessen größere Zugeständnisse auch jetzt noch nicht machen zu wollen. Es wird nämlich mitgeteilt, daß es sich bei der von der Regierung vorbereiteten Wahlrechtsvorlage lediglich darum handle, die „demokr

Bewerkschaftliches.

Zur Einschränkung der Tabakindustrie. Am 27. April d. J. fand auf Vorschlag der Vertreter der organisierten Tabakarbeiter im Reichsamt des Innern eine Besprechung über die am 1. Mai eintretende weitere Einschränkung der Tabakverarbeitung und deren Rückwirkung auf die Tabakarbeiterstand. Zunächst wurde festgestellt, daß die Einschränkung nicht nur diejenigen Fabriken betrifft, denen Tabak neu zugewiesen werden muß, sondern auch diejenigen Fabriken, die noch nicht mit Tabak versorgt sind. Einigkeit bestand, daß eine Einschränkung der Tabakverarbeitung notwendig ist und daß darauf Bedacht zu nehmen ist, daß bei der Einschränkung vor allem die bodenständigen Tabakarbeiter geschont werden. Die Vertreter der Tabakarbeiter regten an, auf den Friedensstand zurückzugreifen. Für den Fall, daß dies nicht angängig sein sollte, bestand Einverständnis darüber, daß nach dem 1. Juli 1915 eröffnete Zweigbetriebe nach Ablauf der Uebergangszeit geschlossen werden sollen, und darauf hingewirkt werden sollte, daß die Zigarrenfabrikannten, die vor dem 1. Juli 1915 während des Krieges neue Zweigbetriebe eröffnet haben, zunächst diese Zweigbetriebe einschränken, ehe sie zu Einschränkungen in ihren alten Betrieben übergehen dürfen, damit auf diese Weise verhindert wird, daß die bodenständigen Arbeiter anstelle der neuangestellten Hilfskräfte entlassen werden. Weiter wurde festgestellt, daß auf die infolge des Krieges erwerbslos gewordenen Tabakarbeiter die im Zentralblatt für das Deutsche Reich von 1914 Seite 620 und 1916 Seite 74 mitgeteilten Bestimmungen über die Kriegswohlfahrtspflege ohne weiteres Anwendung finden.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter schloß das 4. Quartal 1916 mit 143 184 M. Einnahme und 224 422 M. Ausgabe. Die Mehrausgabe betrug 81 237 M., das Verbandsvermögen 1 490 711 M.

Der Zentralverband der Glaser hatte im 4. Quartal 1916 6710 M. Einnahme und 3685 M. Ausgabe. Der Kassenbestand betrug 65 598 M. Die Mitgliedszahl ist auf 705 zurückgegangen.

Der Textilarbeiter nimmt in einem sehr lebenswerten Leitartikel über „Kriegsnotwendigkeiten“ zu den schlechten Löhnen Stellung, die an manchen Orten während des Krieges an Textilarbeiter gezahlt werden und vertritt die Ansicht, daß die Fabrikanten aus Mangel, der den Verband auffordert, einmal energig gegen die Unternehmer in Sachsen, Thüringen, Ostpreußen usw. vorzugehen. Das Blatt bemerkt hierzu:

Wir haben schon vor Wochen einmal geschrieben, die Unternehmer können sehr gut erheblich höhere Löhne zahlen. Der vorstehend abgedruckte Brief zeigt, daß wir nicht zuviel gesagt haben. Deshalb legen wir noch einmal ganz entschieden die Verantwortung ein, dagegen, daß man diejenigen zu Landesverrätern hampeln will, die es als Kriegsnotwendigkeit ansehen, daß den Arbeitern auskömmliche Löhne gezahlt werden. Wir wiederholen noch einmal: Wir haben volles Verständnis für die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, um den Krieg zu einem für unser Land glücklichen Ende zu bringen. Da wir aber sehen, daß strapazierender kapitalistischer Egoismus Handlungen begeht, die nur dazu beitragen, diese Schwierigkeiten zu vergrößern, so sollte man uns Dank wissen, anstatt uns mit dem Zuchthaus zu drohen, wenn wir dazu beitragen, diese Vergrößerung der Schwierigkeiten zu beschränken. Wir betonen noch einmal: Die Zahlung ausreichender Löhne ist eine Kriegsnotwendigkeit. Wer dagegen verfährt, begeht Landesverrat.

Neue Tarifregelung im Baugewerbe.

Im letzten Tagen sind im Reichsamt des Innern Verhandlungen über die erneute Teuerungszulage der Arbeiter im Baugewerbe zu erfolgreichem Abschluß gebracht worden. Bekanntlich war am 31. März 1916 der im Jahre 1913 abgeschlossene Reichstariftarifvertrag für das deutsche Baugewerbe abgelaufen. Unter der Leitung des Direktors im Reichsamt des Innern, Dr. Caspar, wurde am 3. und 4. Mai 1916 über eine Verlängerung des Vertrages und über die Gewährung von Teuerungszulagen verhandelt. Es wurde damals vereinbart, daß der Tarifvertrag zunächst bis 31. März 1917 weiterlaufen sollte; darüber hinaus sollte er als ein weiteres Jahr, also bis zum 31. März 1918, verlängert gelten, wenn am 31. Dez. 1916

noch nicht mit allen europäischen Großmächten Frieden geschlossen wäre. Gleichzeitig wurden Teuerungszulagen zu den Tariflöhnen festgesetzt, die in Tariforten mit weniger als 5000 Einwohnern allgemein 7 Pfg., in allen übrigen Tarifgebieten bei mehr als 5000 Einwohnern 10 Pfg., bei 1000 bis 5000 Einwohnern 11 Pfg. für die Arbeitsstunde betragen.

Da der Krieg Ende 1916 noch fortwauerte, waren beide Vertragsteile — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — bis zum 31. März 1918 an den Tarif und seine Zulage, sowie an die Zulagen der Vereinbarung vom 3./4. Mai 1916 gebunden. Die Arbeiter-Organisationen erkannten diese Rechtslage an, wandten sich aber unter Berufung auf die zunehmende Teuerung aller Gegenstände des Lebensbedarfs an das Reichsamt des Innern, um durch dessen Vermittlung neue oder erhöhte Zulagen zu erlangen. Die Verhandlungen, die am 26. und 27. April wieder unter Vorsitz des Direktors Dr. Caspar stattfanden, haben zu einer Einigung geführt. Die neue (zweite) Teuerungszulage, die durch den letzten abgeschlossenen Vertrag festgelegt wird, ist für alle Tarifgebiete und unabhängig von der Lage der täglichen Arbeitszeit auf 15 Pfennig für die Arbeitsstunde bemessen. Wo schon bisher über die erste, vertragmäßige Zulage hinaus Zulagen gewährt wurden, kommen diese auf die neue Zulage in Anrechnung; sie werden also lediglich, sofern sie sich auf weniger als 15 Pfg. für die Arbeitsstunde belaufen haben, auf diesen Betrag ergänzt. Betragen sie mehr als 15 Pfg., war also die tatsächliche Entlohnung höher als der Tariflohn zuzüglich der ersten und der neuen (zweiten) Zulage, so sollen sie unverändert weitergezahlt werden. Auf tariffreien Arbeitsstellen, für die während des Krieges besondere Abreden oder Lohnvereinbarungen abgeschlossen sind, soll der Lohn durch entsprechende Zuschläge dem Tariflohn des nächstliegenden Tarifgebietes zuzüglich beider Zulagen — der vom 1. Mai 1916 und der gegenwärtigen — ausgeglichen werden; auch hier sollen die bisher gezahlten höheren Löhne nicht gekürzt werden. In demselben Sinne sind die Bestimmungen dieser Art Posaunisten eine Anrechnung der sogenannten Auslösung stift, soweit sie mehr als 2 M. für den Kalendertag (also 14 M. für die Woche) beträgt.

Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, die neue Zulage rückwirkend vom 27. April 1917 ab zu gewähren; dabei ist vorausgesetzt, daß, bevor die Zahlung beginnt, die Frage der Rückzahlung durch das Reich bzw. die Bundesstaaten geregelt ist.

An dem neuen Vertrage sind, wie bei dem erwählten Reichstariftarifvertrag aus der Vereinbarung vom 3./4. Mai 1916, der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe auf der einen, der Deutsche Bauarbeiterverband, der Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands auf der anderen Seite beteiligt. Es darf gehofft werden, daß durch dieses neue Abkommen der ungestörte Fortgang der kriegswichtigen Bauten sichergestellt wird.

Budgetkommission der Zweiten Kammer.

Karlruhe, 1. Mai. Bei der Fortsetzung der Debatte über das sozialdemokratische Aktionsprogramm erklärte ein Zentrumredner sich gegen die Einführung des Frauenstimmrechts. Eine Änderung der Verfassung lehnt der Redner ab. Die Proportionalwahl habe weitestgehende Vorteile und habe sich in den Städten gut bewährt. Im ganzen sei aber das Volk für dieses Wahlrecht noch nicht reif, insbesondere bestehe auf dem Lande kein Bedürfnis nach Einführung der Verhältniswahl. Eine Reform der Städteordnung sei in absehbarer Zeit notwendig. Die jetzige Städteordnung habe sich vielfach überlebt. Eine Änderung der Kreisverfassung sei dringend geboten. Die Zahl der Kreise solle verringert werden. Zum mindesten sollte so bald als möglich das Wahlrecht zur Kreisvertretung geändert werden. Einer Aufhebung der Beamtengehälter müßte mit Vorsicht begegnet werden, je nach Umständen dabei soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Eine Ausdehnung der Schulzeit könne vorerst nicht in Frage kommen. Der Redner wünscht eine größere Parteilichkeit in der Rücksichtnahme auf die Parteien, insbesondere auf das Zentrum. In den Bezirksstellen werde der Geist der Parteilichkeit immer noch nicht genügend berücksichtigt. Von dem Recht, kirchliche Orden zuzulassen, sei immer noch kein Gebrauch gemacht worden. Die bezüglichen Gesetzentwürfe sollten schon dem nächsten Landtag vorgelegt werden. Die Orden und ordensähnlichen Kongregationen müßten auch zur Erteilung des Unterrichts zugelassen werden. Bei der Beschlag-

nahme der Kirchengeländer sollte man eine größere Beschränkung üben. Schließlich wünscht der Redner eine bessere Ernährung der Gefangenen in den badiischen Gefängnissen. Es habe den Anschein, als ob eine nicht unbedenkliche Unterernährung in den Gefängnissen Platz gegriffen habe.

Der Staatsminister gibt auf einige das Justizwesen betreffende Fragen Auskunft. Die Vereinfachung der Staatsverwaltung stehe draußen in den Bezirken auf erhebliche Schwierigkeiten. Bezüglich der Ernährung der Gefangenen liegen die Verhältnisse nicht so, wie sie dargestellt wurden. Bis jetzt sei kein Fall von Gesundheitschädigung bei Gefangenen infolge mangelhafter Ernährung vorgekommen. Bezüglich der allgemeinen politischen Erörterung wolle er feststellen, daß ein dringendes Bedürfnis zur Behandlung derselben zurzeit nicht vorliege. Der in der Presse hervorgehobene Gegensatz zwischen ihm und dem Minister des Innern bestehe nicht. Der Kern der Osterbotschaft des Kaisers beziehe sich auf die preussische Wahlrechtsfrage. Für Baden bestehe für eine Neuorientierung auf dem Gebiete der Verfassung keine Veranlassung und er könne auch seiner Freude Ausdruck geben, daß die Mehrheit der Zweiten Kammer diese Auffassung teile. Die Regierung betrachte sich als eine liberale Regierung. Es werde auch in Baden wieder Reformen erfolgen, aber jetzt sei dazu keine Zeit. Er begrüße das Bekenntnis der Sozialdemokratie zum Staat, aber deren politisches Aktionsprogramm könne die Regierung nicht akzeptieren. Daß den Frauen allmählich mehr Rechte gewährt werden müßten, sei zweifellos. Allein das politische Wahlrecht der Frauen halte er persönlich für ein Unglück. Bezüglich der kirchenpolitischen Fragen werde die Regierung ihre genehmen Zusagen halten.

Minister Dr. Büchler erklärte, daß dem nächsten Landtag ein Gesetzentwurf bezüglich der kirchenpolitischen Fragen zugehen werde.

Ein sozialdemokratischer Redner geht kurz auf die im Laufe der Debatte gegen die politischen Forderungen der Sozialdemokratie erhobenen Bedenken ein. Diese Bedenken bewegten sich zurzeit in sehr großen Widersprüchen, die zu beleuchten er, Redner, für die Plenarverhandlungen vorbehalte. Bestreblich sei ihm die Haltung der Nationalliberalen gewesen, die auch jetzt noch nicht für die Beseitigung des Klassenwahlrechts bei den Gemeindevahlen zu haben seien. Eine Einführung des Frauenstimmrechts auf der Grundlage der Dreiklassenwahl sei ein Unläng und könne nur auf der Basis des gleichen Wahlrechts zur Durchführung kommen.

Ein nationalliberaler Redner erklärt, das in der Kommission geäußerte Urteil über den Wert einer großen Seidenschleife könne er nicht teilen. In Sachen der kirchenpolitischen Fragen stelle die nationalliberale Fraktion auf der auf dem letzten Landtag abgegebenen Erklärung. Eine Durchrechnung des Grundgesetzes der Staatschule werde keine Partei auf keinen Fall zulassen. Auf dem Gebiete der Gemeindevahlgesetzgebung wolle seine Partei die weitere Entwicklung abwarten.

Minister v. Bodman berührt kurz verschiedene sein Ressort betreffende Fragen. Zugegeben sei, daß die Frauenfrage durch den Krieg eine große Bedeutung gewonnen und die Verwirklichung der Frau im öffentlichen Leben angenommen habe. Nichts desto weniger habe er nach wie vor gegen das Frauenwahlrecht Bedenken. Die Bedeutung der Frau für das Familienleben sei nach dem Kriege eine noch größere als sie vorher war. Vor allem sei es ihre Aufgabe, tüchtige für das Staatsleben nützliche Kinder zu erziehen.

Damit fand die allgemeine politische Debatte ihren Abschluß.

Der Ausschuss für Justiz und Verwaltung.

Am Dienstag nachmittag eine Sitzung ab und erledigte dabei das Gesetz über die Verlängerung der Landtagsperiode. Der vorgelegte Entwurf wurde einstimmig angenommen. Mit dem Gesetz wird bekanntlich die Periode des jetzigen Landtags bis zum 21. Oktober 1919 verlängert und die Neuerteilung der Wahlkreise in den fünf größten Städten Badens bis zum 1. Juli 1920 aufgehoben. Nach Mitteilungen des Ministers des Innern wird dieser außerordentliche Landtag nicht geschlossen, sondern vertagt. Da zu den weiteren für die Beratung vorgelegten Gesetzen (Ergänzung des Bürgerrechtsgesetzes, Änderung des Straf- und des Polizeistrafgesetzes) Änderungsanträge von weittragender Bedeutung gestellt sind, wurde die Beschlußfassung bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt.

Stellung des

Verhandlung

ausgangs

seiner

hatte v

er

Kunst und Wissenschaft.

Winterthur, 30. April. (BVB. Nicht amtlich.) Meldung der Schweiz. Depeschenagentur. Am Sonntag morgen wurde die von den Künstlern des Deutschen Werkbundes unter der Regie des Winterthurer Kunstvereins veranstaltete Ausstellung eröffnet. Sie gliedert sich vorzüglich in die willkürlichen Ausstellungsräume ein und übernimmt ein vornehmes Bild der künstlerischen Bestrebungen auf dem Gebiete des deutschen Kunstgewerbes. Die Ausstellung dauert bis zum 28. Mai. Der Eröffnungsfest wurden die Veranstalter bei, die von dem Präsidenten des Kunstvereins begrüßt wurden. Die Begrüßungsansprache erwiderte Osthaus-Hagen (Weisfalten).

Die mathematische Entdeckung eines neuen Erdteils. Da der regen Forscherstätigkeit während der letzten Jahrzehnte die Lösung fast aller großen geographischen Rätsel zu verdanken ist, da ganz Afrika, Asien und Amerika in solchem Umfang erforscht wurden, daß es bald überhaupt keinen nennenswerten unbetretenen Landstreifen mehr gibt, und da schließlich auch die vor 30 Jahren noch gänzlich geheimnisvollen Polargebiete, ja die Pole selbst, durch Energie und Wissenschaft erobert wurden, schien nunmehr die Zeit der großen geographischen Entdeckungen so ziemlich abgeschlossen zu sein. Und dennoch gibt es auch heute ein praktisch ungelöstes geographisches Rätsel, einen neuen Erdteil nämlich, der bisher nur auf mathematischem Wege entdeckt wurde. Dieser Erdteil muß, wie die Ausführungen von Dr. H. Hennig im nächsten Heft der bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ zu entnehmen ist, in dem noch immer unberührten Gebiet liegen, das sich zwischen der Bergstraße und dem Nordpol über ungefähr 18 Breitengrade erstreckt. Die Frage lautet, ob dieser 2 Millionen Quadratkilometer große Teil der Erdoberfläche mit Ausnahme unwesentlicher Inselgruppen vom Polarmeere eingenommen wird, oder aber ob sich dazwischen ein noch unbekanntes Land befindet. Um dies zu entscheiden, schlägt der amerikanische Gelehrte Harris den Weg mathematischer Berechnung ein. Er unterteilt nämlich die Verteilung von Erde und Blut in nördlichen Polarmeere, auf diese Weise festzustellen, ob in der geraden Linie Nordpol-Maska eine Störungskörper in Form einer größeren Landmasse zu erwarten sei. Das Ergebnis dieser Berechnung waren bemerkenswerte Störungen in der Verteilung der Gezeiten im Polarmeere, die nur durch einen großen Landkörper erklärt werden konnten. Die weitere Berechnung Harris ergab, daß

in dem genannten Gebiet eine kompakte Landmasse von mehr als 1 300 000 Quadratkilometer Inhalt liegen müsse, die infolge ihrer gleich großen Entfernung von der ostasiatischen wie von der amerikanischen Festlandsküste als ein selbständiger neuer Erdteil angesehen werden muß. Während dieses Ergebnis praktisch nicht ernst genommen wurde, hat der Verlauf einer der letzten Polarexpeditionen seine Wahrscheinlichkeit in ganz außerordentlicher Weise erhöht. Nach den Angaben von Harris soll das von ihm berechnete Land unter dem 128. Grad westlicher Länge fast bis zum 74 Breitengrad nach Süden hinabreichen, sich über mehr als 12 Breitengrade erstrecken, was ungefähr der Entfernung von Berlin nach Neapel gleich käme. Diese Angaben wurden durch die im Sommer 1915 unternommene Polarexpedition des Amerikaners Stefansson in den Vordergrund des geographischen Interesses gerückt. Stefansson gelangte nach Banksland und wollte von dort westwärts über das Eis bis ungefähr zu der Stelle marschieren, wo sich die südöstliche Landzunge des von Harris errechneten Landes befinden müßte. Infolge schlechter Eisverhältnisse mußte er sich jedoch statt nach Westen nach Norden wenden, erreichte die Prinz-Pratrik-Insel und erblickte in der Nähe des nördlichen Pols in nordwestlicher Richtung ein noch unbekanntes Land. Er erreichte auch daselbst, verfolgte die Küste 100 Kilometer weit und bestieg einen 600 Meter hohen Berg, von wo eine ungefähr 100 Kilometer zu erschauende Erstreckung des Landes mit hohen Berggipfeln am Horizont festgelegt wurde. Das von Stefansson entdeckte Land bleibt zwar etwas südlich und östlich von der von Harris bezeichneten Zone liegen, doch handelt es sich nur um eine Abweichung in der Richtung, so daß nach Ansicht Dr. Hennigs das Vorhandensein des errechneten neuen Erdteils hierdurch höchst wahrscheinlich erwiesen wäre. Die ersten Expeditionen nach Friedensschluß werden wohl über diese wichtigste moderne geographische Frage endgültige Klarheit bringen.

Der aus der Rippe geschaffene Daumen. Im Ertrag von Gliedmaßen ist in diesem Kriege schon Herborragendes geleistet worden. Neben der Schaffung von Prothesen erobert dabei die künstliche Schöpfung natürlicher Ersatzglieder durch chirurgische Eingriffe immer weitere Gebiete. Eines der jüngsten Resultate auf dem Gebiete des Fingerersatzes erzielte der Ingolstädter Chirurg Dr. Neuhäuser an einem Metallarbeiter, der im Felde den Daumen der rechten Hand verlor. Zwar hatte schon vor zwei Jahrzehnten der italienische Arzt Dr. Mikaladoni einen Beben als Daumenersatz verwandt, doch glaubte Dr. Neuhäuser das Ziel auch ohne

Amputation eines ganzen Gliedes erreichen zu können. Er verpflanzte ein Rippenstück des Patienten in eine Falte der Haut und vereinigte beides mit dem Daumenstumpf. Schon nach einer Woche war der dem Kriegsverletzten neu ersandene Daumen gut angeheilt, und nach einem Vierteljahr konnte der Patient mit dem neuen Gliede bereits kräftig zu fassen. Wie der Chirurg berichtet, ist der Arbeiter jetzt, nachdem die Operation ein halbes Jahr zurückliegt, in der Lage, den Daumen vollwertig benutzen zu können. In seiner Stellung und seinen Bewegungen zu den anderen Fingern unterscheidet er sich in nichts von einem „echten“ Daumen. (3.)

Theater und Musik.

Zum Dreimäderlhaus-Kummel. Der schmähliche Operettenschmarren „Das Dreimäderlhaus“, dessen betrieblamen Madchen die Ehrfurcht vor dem Genie ein unbekannter Begriff ist, beherrscht als „Zug- und Lieblingstüdel“ des verblödeten Kunstgeschmacks, seit nun bald einem Jahre den Spielplan der deutschen Bühnen und bildet somit zugleich einen gewissen Gradmesser für ihren Kulturstand. Auch das Hallische Stadttheater mußte leider hiervon keine rühmliche Ausnahme; man gibt „Das Dreimäderlhaus“ jetzt bereits zum 26. oder 27. Male und nächste Woche gleich zweimal! — Wie dieser Kummel von ernsten Kunstverständigen und -freunden eingeschätzt wird, das mag man der folgenden Kladderädel der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ entnehmen, der wir rückhaltlos zustimmen: „... Zu diesem vielbesungenen Wiener Geist gehört wohl auch die Wiener Operette. Die ist sehr künstlerisch, sehr literarisch geworden, nicht wahr? Der Stumpfsinn an sich zieht nicht mehr. Ganz der Kunst aber zugeneigt ist ein Singpiel wie „Das Dreimäderlhaus“. Da tritt nicht nur der leidenschaftliche Schubert auf, nein, auch seine Melodien werden gesungen, mit Texten, und in einer Instrumentierung! Nein, nicht sagen, nicht klagen“, nur das eine: Unter den beliebtesten Schlägern dieser Operette findet man in der Verlagsanzeige auch das Lied „Ich schmitt es gern in alle Rinden ein“ (hoch, mittel, tief), Weiß der Wiener Kunstfreund, vom kleinen Lodenmäddchen bis zum Kriegsgewinner, der diesen Schläger kauft, daß er für weniger Geld einen ganzen Band Schuberter Originallieder erwerben könnte? Schubert hat für seine sämtlichen Werke nicht so viel Honorar erhalten, als der Bearbeiter Werte für das „Dreimäderlhaus“. Und weiß das Wien eines Schubert, das die Melodien dieses Gottes erst dann zur Kenntnis nahm, als sie mit einem sentimental-jahren Textverfälscher verübt wurden, daß eine Orchestrierung, Schuberts hungert, während andere an diesem Schubert reich werden? Schon wird eine Fortsetzung des „Dreimäderlhauses“ geschrieben, schon wird der junge Brudner auf die Operettenbühne gebracht; ja, Talent haben sie, nur keine Ehem. Diese Musiker müßten dem Sinn für das Wiener Gefühl! ... — Vielleicht vergrößern sie sich demnächst auch noch an — Beechoven!

Baden.

Arbeiter und Beamte.

Zu den politischen Erörterungen in der Budgetkommission der Zweiten Kammer schreibt man uns aus Kreisen der Eisenbahnarbeiter:

In einem Artikel des „Volksfreund“ über die Verhandlungen des Landtags heißt es u. a., es müßten die Privilegien der Geburt und des Besitzes abgeschafft werden. Gewiß! Aber es wäre auch endlich an der Zeit, daß der Staat die bei ihm beschäftigten Arbeiter nicht schlechter behandelt, als die Beamten. Die Arbeitszeit der Arbeiter beträgt durchschnittlich 10 Stunden, die der Beamten 8 Stunden. Dem Arbeiter werden für eine geringe Pension hohe Beiträge abgezogen, die Kosten der Verpflegung der Beamten trägt der Staat. Auch hinsichtlich der Bezahlung sind die qualifizierten Arbeiter schlechter gestellt. Wird der Beamte krank, dann läuft sein Gehalt weiter, der Arbeiter aber erhält nur sein Krankengeld und steht unter scharfer Bewachung.

Sollten die Arbeiter eine bessere Organisation und würden sie aufhören, sich wegen Nebensächlichkeiten gegenseitig zu bekämpfen, dann wäre schon manches anders. Wir wünschen den Beamten alles Gute, aber wir dürfen fordern, daß der Arbeiter mit gleichem Maß gemessen wird.

Der Anbau von Topinambur (Rohkartoffeln).

Gesamtlich wird mitgeteilt: Für den nächsten Herbst ist vom Ministerium des Innern die Festsetzung eines Höchstpreises für Topinambur, sowie deren Bewirtschaftung in Aussicht genommen; der Höchstpreis wird niedriger sein als der Kartoffelpreis. Landwirte, welche infolge der Bevorzugung des Anbaues von Topinambur nicht genügend Kartoffeln für ihre Wirtschaft (einschließlich Saatgut) ernten, haben keinen Anspruch auf Verpflegung mit Kartoffeln aus allgemeinen Beständen.

Es darf von diesen Maßnahmen erwartet werden, daß sie die Landwirte von einer ungerechtfertigten Ausdehnung des Anbaues von Topinambur auf Kosten des Kartoffelanbaues abhalten werden. Damit die Topinambur auch nicht in einem unerwünschten Maße zur Herstellung von Branntwein Verwendung finden, anstatt der menschlichen Ernährung und der Fütterung zugeführt zu werden, hat die Zoll- und Steuerdirektion die Hauptämter angewiesen, bis auf weiteres von der ihnen in § 3 der Bekanntmachung des Reichsanwalters über Rohzucker und Zuckerrüben sowie über das Brennen von Rüben und Topinambur im Betriebsjahr 1917/18, vom 2. März 1917 erteilten Ermächtigung, soweit sie sich auf Topinambur bezieht, keinen Gebrauch zu machen. Die gleiche Weisung ergeht für das laufende Wirtschaftsjahr.

ac. Eutingen bei Pforzheim, 2. Mai. Der jährige Knabe des Goldarbeiters Karl Becker fiel in die Gurgel und ertrank. Schon vor acht Jahren hat die Familie auf die gleiche Weise einen achtjährigen Sohn verloren.

bc. Pforzheim, 1. Mai. Im Hause Calwerstraße 51 stürzte der 10jährige Eugen Abrecht aus der Wohnung seiner Eltern in den Hof. An den dabei erlittenen Verletzungen ist er gestorben.

ac. Pforzheim, 20. April. Kriegsidyll. Ein französischer Kriegsgefangener, der in der Umgegend von Darmstadt befristet und von da entflohen war, wurde, des Umherirrens müde und fragte gestern abend in der Nähe von Springen in seinem in zwei Jahren Gefangenschaft mühsam erlernten Deutsch einen auf dem Felde arbeitenden russischen Gefangenen, ob er sich da, ohne Gefahr, gehauen zu werden, wieder stellen könne. Der Russe antwortete ihm in nicht minder fremdsprachigem Deutsch, daß er das nicht zu befrachten habe. Darauf ließ sich der Franzose, der mit einem schweren Rucksack beladen, Zivilkleider trug, von dem Russen und einem Schulbuben ruhig nach dem Ortsamt bringen, von wo aus er hier eingeliefert wurde. Ein wirklich anmutendes Kriegsidyll, die beiden Entenwärtler, die sich zur Verständigung der deutschen Sprache bedienten, die sie in der Gefangenschaft einermachen gelernt haben, und die Abführung des Franzosen durch den Russen in erneute Gefangenschaft.

ac. Achern, 1. Mai. Im Auftrage und mit Unterstützung der Badischen Landwirtschaftskammer hält der Landesverband der badischen Geflügelzüchtervereine am 18. und 19. Mai in Achern einen Geflügelzuchtunterricht für Anfänger in der Geflügelzucht sowie für Kriegsbeschädigte ab. Der Unterricht erstreckt sich auf Belehrung über Zucht, Pflege und Fütterung, natürliche Brut und Aufzucht, sowie Verwertung der Geflügelzeugnisse. Der Kurs findet vollständig unentgeltlich statt; Kriegsbeschädigte können gleichzeitig

Hoftheater Karlsruhe.

„Das Glöckchen des Eremiten“. Die Mailartige Oper, die trotz einiger rhythmischer Defizite in ihrer Melodik und in der Instrumentierung viel zu unbestimmt ist, um unser Ohr erfreuen zu können, gehört nicht wie etwa „Carmen“ und einiges von Weber zu den geringen Prosenten französischer Werke, deren weitere Einfuhr nach unseren Bühnen — auf Kosten der einheimischen Produktion — noch zu rechtfertigen wäre. Daß aber ein tonerfülltes Publikum selbst an einer mehr als mittelmäßigen Wiederholung mitunter noch seinen Spaß hat, bewies der gestrige Abend im Hoftheater, wo Hr. Marchuth als Rose Perquet die Gastrolle fortsetzte.

Wiemögl die Leistung abermals nicht gerade unheimlich ist, angesichts einer unbefremdlichen musikalischen Routine sogar Mäßigkeit abnotierte, war das, was Hr. Marchuth in dieser, nach mancher Hinsicht sehr heißen, Partie zu bieten vermochte, für eine größere Opernbühne alles eher, denn hinreichend. Regie und Schminke fehlten dem Spiel, Wohlklang, Kultur, Mundung und Umfang der Stimme, die immerhin mit einer gewissen, für den Gesang aber kaum zureichenden, Technik gehandhabt wird. Hr. Marchuth würde oder wird hier die Zahl derjenigen weltlichen Solomittelglieder vermehren, die ihre Partien völlig nutzlos zur Abwicklung zu bringen pflegen. Solange dieser Mißstand weder das Gehör der maßgebenden Stellen, noch der Instanz des reichlich gebuldrigen Karlsruher Publikums empfindet, wird ein Anstehen Einzelner vergeblich sein.

Wieviel Frische und darstellerisches Talent zeigte neben einer vorerwähnten himmlischen Leistung Hr. Maier als Georgette, freudlich wirkten die Herren Neugebauer (Elybain) und Hofmann (Belamy). Herr Schweppe dirigierte mit einer Fülle löblicher Absichten, die zum größten Teil und namentlich, wenn es galt, Chor und Orchester zusammenzuführen, im Schilde dieser „Einschiebe“-Aufführung begraben wurden.

Im „Lannhäuser“-Referat sollte natürlich von der „Pariser Ueberarbeitung“ (nicht „Uebearbeitung“) gesprochen werden, was hiermit berichtet sei.

auch freie Wohnung (ohne Beschäftigung) erhalten. Anmeldungen sind bis längstens 16. Mai an Herrn Friedrich Graf hier einzureichen.

bc. Rehl, 1. Mai. Eine Frau aus Straßburg kaufte in verschiedenen Orten des Bezirks Rehl 8 Pfund Butter, 127 Eier, mehrere Pfund Fleisch, Wurst und Käse auf. Als sie mit den schweren Kisten die Reife über den Rhein fortsetzen wollte, wurden ihr die Lebensmittel zwangsweise weggenommen. Sie wurde mit 100 M. Geldstrafe bestraft. Da sie den Beamten, der ihr das Saunagelut abnahm, beschimpfte, hat sie sich noch vor Gericht zu verantworten.

bc. Urloffen, A. Offenburg, 1. Mai. Unser Ort gehört zu den Gemeinden, die für das laufende Jahr die Gemeindeumlage herabsetzen konnten. Von 11 Pfg. ist die Umlage durch Ortsausgleichsbeschl. auf 6 Pfg. herabgesetzt worden.

bc. Unterharmerbach, 1. Mai. Am Sonntag abend brannte im Zinten Hinterbach das Wohnhaus des Tagelöhners Michael P. bis auf den Grund nieder. Der kranke Eigentümer, das Vieh und die meisten Gerätschaften und Vorräte konnten geborgen werden. Versichert ist nichts.

bc. Aus dem Schuttertal, 1. Mai. Der 58 Jahre alte Waldarbeiter Anton Schuffele erlitt vor einigen Tagen einen tödlichen Unfall. Beim Holzhauen wurde er von einem fallenden Baume getroffen und so schwer verletzt, daß er nach mehreren Tagen des Leidens gestorben ist.

bc. Badisch-Rheinfelden, 1. Mai. Die Kraft-Übertragungswerke Rheinfelden haben im Jahre 1916 einen Reingewinn von 1 044 288 M. erzielt, woraus wieder eine Dividende von 8 Prozent verteilt ist.

ac. Konstanz, 1. Mai. Von heutigen Tage ab ist der Exportverkehr zwischen Konstanz und Bregenz völlig eingestellt worden. Der Verkehr hatte Konstanz und der badischen Bahn eine große Einnahme gebracht, die sich in Friedenszeiten auf über 2 1/2 Millionen jährlich belief. Der Güterverkehr aus Ungarn nach West- und Süddeutschland, der bisher zum großen Teil über Konstanz geleitet wurde, dürfte li. „Konst. Nachr.“ künftig über Bayern geleitet werden, jedoch die badische Verwaltung einen beträchtlichen Anfall erleiden dürfte.

ac. Altschweier bei Schwenningen, 1. Mai. Die 63jährige Witwe Katharina Schmidt stürzte von einem Kastenwagen und starb an den erlittenen inneren Verletzungen.

bc. Friedrichsfeld, 1. Mai. Da der Raps schlecht überwintert hat und vielfach erfroren ist, wird jetzt auf den Feldern zur Oelgewinnung Mohu angepflanzt.

bc. Mannheim, 1. Mai. Infolge des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Bolivien sind die Amtsbestimmungen des bisherigen bolivianischen Konsuls in Mannheim, Robert Gerlach, erloschen. — Gestern demittag 8 Uhr wurde in dem Refektorium der Dampfheizung eines Hauses eine 43 Jahre alte Kesselschmelzschraube tot aufgefunden. Die Verleite hat sich in der Nacht von 20. auf 21. v. M. vernünftig um auszuruhen, zwischen die beiden Kessel gesetzt und ist dabei durch Einatmen von Kohlengasen erstickt. — Der Aufsichtsrat der Badischen Anilin- und Sodafabrik beschloß heute die Verteilung einer Dividende von 20 Proz. und eines Bonus von 8 Proz. Der Jahresgewinn beträgt 23 442 647 M.

ac. Mannheim, 1. Mai. Im hiesigen Krankenhaus fiel ein 47jähriger Tagelöhner in ein Glas, wobei durch die Glascherben die Halsknochen durchgeschnitten wurde. Der Verunglückte starb an der erlittenen Verletzung. Ein 1 Jahre alter Knabe fiel in einen unbedachten Augenblick in einen mit Wasser gefüllten Wäscheuber und ertrank.

ac. Mannheim, 2. Mai. Der Verband Süddeutscher Konjunkturvereine, der jetzt auf ein 50jähriges Bestehen zurückzuführen kann und dem etwa 800 Vereine angehören, hat seinen Jahresbericht für 1916 herausgegeben, dem zu entnehmen ist, daß das verfloffene Jahr dem Verband 27 000 neue Mitglieder zuzählte, so daß die Gesamtzahl 212 578 beträgt. Der Umsatz belieferte sich auf 53 1/2 Millionen Mark.

ac. Höchstpreise für Kälber und Masthammel. Das Ministerium des Innern hat bestimmt, daß der Verkauf von Schlachtkälbern und Masthämeln nur nach Lebendgewicht erfolgen darf. Bei der Bemessung des Verkaufspreises ist vom ermittelten Lebendgewicht jeweils ein Abzug von 5 v. H. zu machen. Beim Weiterverkauf dieser Tiere darf außer dem Erlös der dem Weiterverkäufer erworbenen Eisenbahnfrachtkosten höchstens ein Aufschlag in Höhe von 5 v. H. des Einstandspreises genommen werden.

Rundgebung der Arbeiter an Hindenburg.

ac. Mannheim, 1. Mai. Gestern fand in der Langen Gasse eine große Rundgebung der gesamten Arbeiterchaft statt, bei welcher an Generalfeldmarschall von Hindenburg ein Telegramm geschickt wurde. In der Rede gelobten die Arbeiter, daß sie nicht nachsetzen werden, den draußen ringenden Gelben, sondern daß sie unter Daransetzen ihrer ganzen Kräfte freudig sich den ihnen gestellten Heimatsaufgaben unterziehen werden. Ein ähnlich lautendes Telegramm wurde auch an den Vorsteher des Kriegsamts in Berlin, Generalleutnant Gröner, abgeschickt. Mit dem Vied Deutschland Deutschland über alles und einem Kurruuf auf Hindenburg und unser tapferes Heer schloß die Rundgebung.

Soziale Rundschau.

ac. Die Auszahlungen der Volkfürsorge für regulierte Sterbefälle betragen im Geschäftsjahre 1916 132 556,06 M., davon 127 089,67 M. für im Laufe des Jahres eingetretene und 5466,39 M. für im Jahre 1915 schon eingetretene Sterbefälle. — Für Rückkäufe waren 7208,10 M. aufzuwenden. — Im Jahre 1916 wurden auf 387 Versicherungen 253 Darlehen im Betrage von 4820 M. gewährt. Seit 1914 wurden im ganzen für 664 Versicherungen 484 Darlehen im Betrage von 12 288,18 M. gewährt.

ac. In der Volkfürsorge-Kriegsversicherungskasse wurden bis Ende 1916 81 218 Anteilsscheine ausgefertigt. In Vorjahr wurden bis zu dieser Zeit in 317 Fällen für insgesamt 674 Anteilsscheine 16 885 M. ausgezahlt, davon im Jahre 1916 für 478 Anteilsscheine 11 950 M.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. Mai.

Der Gemüsewucher beginnt von neuem.

Der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist es gelungen, durch günstige Abkäufe im Ausland, vor allem in Holland, reichliche Mengen von Erbsen auf den deutschen Markt zu bringen. Die Zeit ist also endlich da, wo die Verbraucher in der Lage wären, ihre Mahlzeiten wieder durch Gemüse zu bereichern, das lange entbehrt werden mußte. Weiten Kreisen wird aber die Möglichkeit genommen, sich an diesem wertvollen Zuwachs für die tägliche Nahrung einen Anteil zu sichern, weil mit dem Erscheinen des Frühgemüses sofort wieder derselbe Wucher sich breit macht, der in den vergangenen Kriegsjahren unserer Volksernährung so schweren Schaden zugefügt hat. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst setzt für das ausländische Gemüse keine Höchstpreise weder für den Großhandel noch für den Kleinhandel fest. Es ist den Gemeinden die Preisregelung vorbehalten. Daß diese theoretisch wohl richtige Regelung in der Praxis verfehlt, zeigen die Zustände im Handel mit Frühgemüse, wo beispielsweise für Spinat ganz horrende Preise verlangt werden.

Daß von einer Zentralstelle aus Höchstpreise für den Gemüsehandel für ganz Deutschland vorgeschrieben werden, erscheint auch für Auslandsware undurchführbar. Sehr wohl wäre es aber einzurichten, daß von der Reichsstelle für Gemüse und Obst nur solche Gemeinden mit ausländischem Frühgemüse versorgt würden, die angemessene Höchstpreise eingeführt haben und auch eine Gewähr dafür bieten, daß diese Preise eingehalten werden. Die Einfuhr ausländischen Gemüses ist dazu bestimmt, auch den minderbemittelten Kreisen eine nahrhafte und wohlwollende Kost zuzuführen, nicht aber eine neue Quelle für wucherische Ausbeutung zu eröffnen. Die in weiten Kreisen über Ernährungsfragen herrschende Mißstimmung ist viel weniger auf die Lebensmittelknappheit zurückzuführen, als auf die Schullosigkeit, mit der der Verbraucher den maßlosen Preistreibern gegenübersteht. Es gewinnt fast den Anschein, als ob in diesem Jahre der Gemüsewucher wieder denselben Umfang annehmen sollte wie im vorigen Jahre. Die kommende Aussprache über Ernährungsfragen im Reichstag wird Gelegenheit bieten, die ersten Erfahrungen beim Frühgemüse mit den zuständigen Stellen zu erörtern.

ac. Auf, in die Versammlung! Wir machen nochmals auf die heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Neuerhahn“ (Schützenstraße) stattfindende Versammlung des sozialdemokratischen Vereins aufmerksam. Tagesordnung: Berichterstattung von der Offenburger Parteikonferenz. Referent: Gottl. Scherdt. Erscheint pünktlich und zahlreich!

ac. Maßnahmen gegen die unvernünftige Silbergeld-Samterei. Das hiesige Hansieren mit Silber- und Nidelmünzen wird voraussichtlich zu entscheidenden Maßnahmen der Behörden führen. Im Reichshauptamt wird ein Vorschlag erwogen, das gesamte im Verkehr befindliche Silber- und Nidelgeld außer Kurs zu setzen und, sei es nach der Beendigung des Krieges, sei es alsbald nach Friedensschluß, durch neue Münzen zu ersetzen. Weitergehende Vorschläge zielen sogar darauf hin, solche Personen, bei denen noch der Umlaufvermögen noch erhebliche Bestände an Silber- und Nidelgeld gefunden werden, zu bestrafen und das private Einschmelzen von Silber- und Nidelgeld gleichfalls unter Strafe zu stellen. Recht so!

ac. Vaterländische Volksfeier für die weibliche Jugend. Am nächsten Sonntag, 6. Mai, abends 8 Uhr, findet im städtischen Konzerthaus eine Volksfeier für die weibliche Jugend statt. Auch dieser Unterhaltungsabend geht vom Verein zur Veranstaltung vaterländischer Volksfeiern aus, dessen bisherige Veranstaltungen sich als wertvolle Arbeit aus dem Gebiete der Aufklärung und Festigung des Siegeswillens bewährt haben. Auch für diesen Abend konnte ein vielversprechendes, abwechslungsreiches Programm aufgestellt werden. Neben der städtischen Schülerkappelle werden mitwirken die Herren Konzertorganist Wehbecher, Soffhauspieler und Regisseur Herr J. Herr Stadtdirigierender Hindenburg und Hauptdirigierender Dees, der die Vorführung von Lichtbildern übernommen hat. Die Verteilung der Eintrittskarten erfolgt durch die Leiter der Fachschulen und Jugendorganisationen.

ac. Das Städt. Schwimm- und Sonnenbad am Rheinhafen, ist vom Donnerstag an wieder geöffnet.

ac. Auch das Luft- und Sonnenbad des Naturheilber. rinsk (hinter dem Hauptbahnhof) ist wieder eröffnet. Verbundene und erholungsbedürftige Angehörige haben freien Zutritt. An Mittwochs- und Freitagsabenden noch einige Plätze zum Anpflanzen von Gemüse u. dgl. zu vergeben. Näheres an der Kasse. (Siehe Anzeige.)

ac. Der Großhandel mit Gemüse. Die Badische Gemüseversorgung hat bestimmt: Die in Baden ansässigen Großhändler (einschließlich der Verbandshändler) mit Gemüse haben unterzuziehen sich durch Vermittlung des zuständigen Kommunalverbandes bei der Badischen Gemüseversorgung in Karlsruhe um die Genehmigung des Großhandels (Verbandshandels) mit Gemüse nachzusuchen. Wer nach dem 10. Mai ohne Genehmigung Großhandel (Verbandshandel) mit Gemüse betreibt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

ac. Der Handel mit Pferden. Händler und Privatpersonen dürfen in dem Kreisbezirk des 14. Armeekorps nur dann Pferde ankaufen und verkaufen, wenn sie einen nach dem 24. April 1915 von der Armeekorps-Abteilung B, dem stellvertretenden Generalkommando 14. Armeekorps oder der Remonte-Inspektion ausgefertigten Erlaubnisbescheinigung besitzen. Zur Veräußerung eines Pferdes bedarf es jedoch keines Erlaubnisbescheinigung, wenn der Käufer einen Erlaubnisbescheinigung der obigen Stellen zum Ankauf von Pferden besitzt. Aus Offizieren bestehende Ankaufskommissionen dürfen nur dann ankaufen, wenn sie von der Armeekorps-Abteilung B, dem stellvertretenden Generalkommando oder der Remonte-Inspektion dazu ermächtigt sind und einen Ausweis darüber in Händen haben.

ac. Straßenbahnverkehr am Sonntag. Das herrliche Frühlingwetter, das uns am letzten Sonntag zum erstenmal beschieden wurde, machte sich auch in der Tagesabrechnung der städtischen Straßenbahn angenehm bemerkbar. Auf den städtischen Straßenbahnen wurden nämlich an diesem Tage 108 000 Personen befördert; die Barcinnahmen des Tages beliefen sich auf 9067 M. — Die Turmbergbahn wurde von 2055 Personen benutzt und der Aufsichtsturm auf dem Turmberg von 420 Personen besetzt.

ac. Um die Mittage des Mittwochs für Leberwurst eingekauft. Die Turmbergbahn wurde von 2055 Personen benutzt und der Aufsichtsturm auf dem Turmberg von 420 Personen besetzt.

reie als S im R von I und b große Gemü sum und S der S Rippel Film Ein L Lorber eine S Racin Spiel Kr Kette auf di geode Höf d g jandee preie wurde Hensb vorbest jennad zahlun Nach l rungsor schiede über 3 110 Be Schwel 134 Se und 22 gich aus unter 1 mit 2,6 sechs S 5,25 M. 7,90 M. preis 2 1,80 M. außßis ten fies händ aber im und pro diesen G Handel Auf anzuehe Statman b. Ralou genomm nachdem heiligen Die gant mit Ber Nach men 2 bensmit zur Ver Bei ich erge sehr ver angewie Se w o derkange Karli Si auch R zement Frie Leb Um d Mittage des Mittwochs für Leberwurst eingekauft. Die Turmbergbahn wurde von 2055 Personen benutzt und der Aufsichtsturm auf dem Turmberg von 420 Personen besetzt.

Veranstaltungen.

* Wiederabend Josef Schöffel. Josef Schöffel, der ausgezeichnete Helikopter der Karlsruher Hofbühne, der seit einiger Zeit als Kriegsfreiwilliger im Seereservierdienst steht, beabsichtigt am 8. Mai im Museumssaal einen Wiederabend zu geben.

* Residenz-Theater, Badstrasse, spielt Mittwoch, Donnerstag und Freitag in alleiniger Ertauführungsrecht den sechsten Film der Hella Moja-Serie 1917, und ist derselbe ein vierstündiges Lustspiel mit dem Titel „Wer küßt mich“ unter Regie des Herrn Otto Rippert entstanden.

Kriegswucher, Kriegsschwindel.

* Kettenhandel mit Lebensmitteln. Einem umfangreichen Kettenhandel mit Lebensmitteln ist das Kriegswucherverbot wieder auf die Spur gekommen. In letzter Zeit waren wiederholt Angebote von Lebensmitteln bekannt geworden, bei denen wegen der Höhe der Preisforderungen zu schließen war, daß es sich um zu rückgehaltene Waren handelte, die im Wege des Kettenhandels und teilweise unter erheblicher Ueberschreitung der Höchstpreise in den Handel kommen sollten.

* Mit welchen wucherischen Verdiensten gearbeitet wurde, ergibt sich aus folgenden Zahlen: Die Sülze verkaufte der Fabrikant unter Ueberschreitung des auf 1,20 M festgesetzten Höchstpreises mit 2,00 M das Pfund; angeboten wurde sie, nachdem sie durch sechs Hände gegangen war, mit 4,10 M.

* Außer Vorenzen und Bräunung, die als die treibenden Kräfte anzusehen sind, wurden der hier ungenutzt sitzenden aufstehenden Kaufmann Ulrich Wisch und der russische Staatsangehörige Josef S. Kalomna-Lurawil der Staatsanwaltschaft I vorgeführt.

Berteilungen von Seringen.

Nach unserer Bekanntmachung vom 27. April 1917 kommen 2 Heringe auf den Kopf der Bevölkerung gegen Lebensmittelmarken F zum Preise von 10 Hg. für das Stück zur Verteilung.

Bei Öffnung der Losen in den Verkaufsgeschäften hat sich ergeben, daß in einzelnen Losen die Größe der Heringe sehr verschieden ist. Wir haben deshalb die Verkaufsgeschäfte angewiesen, die Heringe (2 Stück für die Portion) nach dem Gewicht zum Preise von 30 Hg. für das 1/4 Pfund zu verkaufen.

Tüchtige Maurer.

auch Kriegsinvaliden, zur Anfertigung von Bimszementplatten, zum sofortigen Eintritt gesucht. Friedrich Chr. Kiefer, Schwemmsteinfabrik, Karlsruhe, Karlstraße 4.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe. Bier.

Um die Bierabgabe zu regeln, ersuchen wir die verehrlichen Mitglieder, sich unter Vorlage ihrer Mitgliedskarte, sowie des Mitgliedsbuches in dem Laden, in welchem sie bei uns für Lebensmittel eingeschrieben sind, in die dort aufgelegte Liste einzutragen.

Schwarzarbeiter zur Verfügung gestellt und durch fünf vorher bereitgehaltene Kautaus dieser Behörde sofort abgeholt, da sie an den Lagerungsorten mit Rücksicht auf die Gefahr ihrer Weiterverbreitung nicht belassen werden konnten.

* 70 000 Mark Schmiegelder. Nach zweitägiger Verhandlung wurde am 18. d. M. ein umfangreicher Schmiegelderprozeß vor der Strafkammer Kiel beendet. Auf Antrag des Vereins gegen das Besetzungsunwesen, Sig Berlin, war wegen passiver Besetzung angeklagt der entlassene und verhaftete Büroangestellte der Beschaffungsabteilung der Kaiserlichen Werft in Kiel, Alfons Kloppter.

* Kriegswucher im Garnhandel. Wegen übermäßiger Preissteigerung hatte sich vor dem Schöffengericht der Kaufmann Simon Raher in Chemnitz zu verantworten. Er hatte Weingarn in einem Kisten von 520 Kilogramm, das er das Kilo für 9 M eingekauft hatte, einige Tage später das Kilo für 11,75 M an einen Chemnitzer Firma weiterverkauft und dabei 1490 M „verdient“.

Neues vom Tage.

Schweres Explosionsunglück. 30 Arbeiterinnen getötet.

W. B. Dü, 1. Mai. Gestern nachmittag hat sich durch die Unvorsichtigkeit einer Arbeiterin in der Sprengtapsel-fabrik Troisdorf eine schwere Explosion ereignet. 30 Arbeiterinnen sind tödlich verunglückt. Der Betrieb erleidet keine Störung.

Letzte Nachrichten.

Reichstagswahl.

W. B. Neu-Strelitz, 1. Mai. Bei der gestrigen Reichstagswahl zum Reichstag im Wahlkreise Mecklenburg-Strelitz wurde Dr. Stubmann (Natl.) mit im ganzen 3490 Stimmen zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Ungültig waren 452 Stimmen.

Clemenceau über die Wirkung der U-Boote.

W. B. Bern, 2. Mai. In der Wirkung des U-Bootkrieges schreibt Clemenceau, er finde den Marniruf Lloyd Georges begreiflich. In Frankreich habe man gar keinen Wirtschaftsplän und keine Politik gegen die U-Boote. Wenn Lloyd George Einschränkungen und Rationierungen fordere, so solle er auch verlangen, daß alle Entente-länder einen einheitlichen Rationierungsplan durchführten.

Unzufriedene schwedische Soldaten.

W. B. Kopenhagen, 1. Mai. „Berlingske Tidende“ meldet aus Malmö: Beim Dragonerregiment in Mlad waren in letzter Zeit Anzeichen von Unruhen zu beobachten. Um Störungen zu vermeiden, erklärte sich der Regimentkommandeur bereit, eine Soldatenabordnung zu empfangen, um deren Klagen und Wünsche anzuhören.

Lazaretttschiffe für den Munitionstransport der Entente.

W. B. Sofia, 1. Mai. Aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrte Soldaten sagen aus, daß sie in Salonik Anfangs April dieses Jahres beim Ausladen von Munition auf einem Lazaretttschiff geholfen haben. Viele der Lazaretttschiffe hätten auch große Mengen von Proviant mitgebracht.

Politische Forderungen der russischen Bauern.

W. B. Bern, 2. Mai. „Nouvelles de Lyon“ meldet aus Petersburg: Die Zusammenkunft der Bauernabgeordneten in Petersburg beschloß in einer Entschließung die Einberufung einer allgemeinen Zusammenkunft der russischen Bauern auf den 1. Mai a. St. Die Veranlassungsteilnehmer forderten u. a., daß die Altersgrenze für die Wahlberechtigung zur verfassungsmäßigen Vertretung auf 18 Jahre heruntersetzt werde, daß auf 150 000 Seelen ein Abgeordneter komme und daß das Heer an den Wahlen teilnehmen soll.

Briefkasten der Redaktion.

H. A. Leider nicht verwendungsfähig. S. C., Zusehofen. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an das Bezirksamt.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Bruderschaft (Gewerkschaftsartell.) Mittwoch abend 7 1/2 Uhr in der „Pfalz“ Sitzung. Hierzu sind Delegierte und Vorstände dringend eingeladen.

Freund & Co. Eftlingen Marktplatz. Geschäftshaus für Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion Putz- und Modewaren. Chike moderne Neuheiten in Jacken-Kleidern, Mänteln in Tuch-Alpaca, Eollenne und Seide, Kleider-röcken, Seiden-Jacken und Blusen.

Luft- und Sonnenbad hinter dem Hauptbahnhof ist eröffnet. Verwundete und erholungsbedürftige Angehörige haben freien Zutritt. 1410

Neu aufgenommen: Damentaschen 1402. Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 34, 1 Treppe.

Jüngerer Kodj zum sofortigen Eintritt gesucht. Städt. Krankenhans 1403 Karlsruhe.

Tüchtige Einlegerinnen für Buch- und Steindruck werden für sofort gesucht. 1400 Städt. Arbeitsamt Jähringerstraße 100, 3. Stod.

Schlachtperde und sonstige Tiere, die zur menschlichen Nahrung nicht verwendbar sind, werden stets angekauft von der Städt. Gartendirektion Karlsruhe.

Druckarbeiten Buchdruckerei Volkstreuend. Die Städt. Sparkasse Durlach hat ihre Kassenstunden nunmehr festgesetzt auf vormittags 8 bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 1/2 6 Uhr. Der Verwaltungsrat. 1246

Gewerkschafts-Partell Karlsruhe. Die Delegierten des Gewerkschafts-Partells werden hermit zu der am Donnerstag, 3. Mai, abends 8 Uhr, in der Gewerkschafts-Zentrale, Kaiserstraße-13, stattfindenden Delegierten-Versammlung ergebenst eingeladen.

Tagessordnung: 1. Mitteilungen. 2. Rassenbericht über das 1. Quartal 1917. 3. Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses nach § 9 des Dienstpflichtgesetzes. 4. Wahl eines Vertreters in den Landesauschüß der Kriegshinterbliebenenfürsorge. 5. Stellungnahme und Wahl von Vertretern zur Kartell-Konferenz in Offenburg am 12. und 13. Mai.

In Anbetracht der Wichtigkeit der zu erledigenden Tagesordnungspunkte wird ein pünktliches und alleseitiges Erscheinen der Vertreter erludt. 1381 Die Kartell-Kommission.

P.T.  P.T.

Palast-Theater
Karlsruhe Tel. 2502 Herrenstr. 11
Ab Mittwoch bis einschl. Freitag den 4. Mai 1917.

Erstaufführung
unserer Waldemar Psilander-Serie.
Waldemar
Psilander
in seinem neuen Lustspiel
Das Verlobungsauto
in 3 Akten. 1896

Der schwere Gang.
Roman in 3 Abteilungen.
Zum gefl. Besuche ladet ergebenst ein
Fr. Schulten.

Sozialdem. Verein Karlsruhe.
Mittwoch, den 2. Mai d. Js., abends 8 Uhr,
in der Restauration „Auerhahn“, Schilgenstraße 58

Mitgliederversammlung
Tagesordnung:
Bericht über die Landeskongress in Offenburg
am 22. April
Referent: Gen. Gottl. Schwerdt. 1882
Wir laden hierzu die Mitglieder höflich ein mit dem Ersuchen
jährlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Die Parteibuchhandlung wird einen größeren
Posten guter Literatur auflegen, welche zu bedeu-
tend herabgesetzten Preisen abgegeben
wird. Es ist den Parteimitgliedern hierdurch Ge-
legenheit geboten, sich für wenig Geld wirklich gute
Lektüre zu erwerben. Auch sehr geeignet als Liebes-
gabe ins Feld. Der Verkauf beginnt eine halbe
Stunde vor Versammlungseröffnung, also um 7 1/2 Uhr.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Karlsruhe.
Sonntag, den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Saale der
Restauration zum „Rheinthal“, Rheinstr. 42 in Mühlburg,
vierteljährliche

General-Versammlung
mit folgender Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal.
2. Der Stand unserer Lohn- und Teuerungszulage-Be-
wegung.
3. Anträge und Verschiedenes.
Hierzu laden wir unsere Mitglieder, insbesondere auch
die weiblichen und jugendlichen, mit der Bitte um vollzäh-
liges Erscheinen höflich ein. Mitgliedsbuch und Karte dient
als Ausweis. 1412

Die Ortsverwaltung.

Städt. Schwimm- u. Sonnenbad
beim städt. Elektrizitätswerk am Rheinhafen ist
ab **Donnerstag, den 3. Mai ds. Js.**
wieder geöffnet. 1404

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheschließungen. Max Breuß von hier, Maschinenführer
hier, mit Wilhelmine Köhl von Peterstal. Wilhelm Gartner von
hier, Konditormeister hier, mit Pauline Hummel Witwe von Dor-
lat, Karl Fleig von hier, Buchbinder hier, mit Christine
Reinath von Ruppheim.
Todesfälle. Frieda Wipfler, Eisenbahnarbeiter, ledig, 48 J.
Maria Brauer, Hauslehrer, ledig, 42 J. alt. Auguste Schu-
macher, Musiklehrerin, ledig, 88 J. alt. Dr. Josef Burgin,
Oberarzt der Techn. Hochschule, Dozent und Assistent an der
Hochschule, ledig, 45 J. alt. Pauline Kolb, 66 J. alt.
Herr des Kurpostamts Josef Kolb, Heinrich Schulz, Maga-
strat, ledig, 68 J. alt. Hilba, 4 J. alt. Heinrich Stell,
Regist.

Bekanntmachung.

Die enorme Steigerung und besonders schwierige Be-
schaffung aller Chemikalien, Kohlensäure, Essenzen, Flaschen
und Gummischeiben, sowie die erhöhten allgemeinen Betriebs-
unkosten, veranlaßt unterzeichneten Verein

vom 1. Mai cr. ab

nachstehende geringe Aufschläge für Karlsruhe und nächste
Umgebung eintreten zu lassen und zwar:

auf **Sodawasser** . . . 2 Pfg. per Flasche
auf 1/3 Ltr. **Limonaden** . . . 2 Pfg. per Flasche
auf 1/2 Ltr. **Mineralwasser** 2 Pfg. per Flasche
auf 1/4 Ltr. **dto.** . . . 3 Pfg. per Flasche

Für Limonaden oder ähnliche Getränke ist der Ladenpreis
per 1/2 Literflasche 20 Pfg.
per 1/4 Literflasche 35 Pfg.

hierzu kommt das Flaschenpfand.

Trotz dem grossen Personal-mangel werden die Mitglieder
bestrebt sein, jeder nur **seine** Kundschaft soweit möglich zu-
frieden zu stellen.

Der Verein bittet ferner titl. Kundschaft um möglichste
Einhaltung der üblichen **Bürozeiten**, auch für **telephonische**
Anrufe, insbesondere auch der für unsere Mitglieder nötigen
Mittagspause von 12—1 1/2 Uhr und des allgemeinen Geschäfts-
schlusses abends 7 Uhr. 1896

Hochachtungsvoll
Verein der Mineralwasserfabrikanten
von Karlsruhe und Umgebung.

Eis Eis

Zum Abonnement auf **Kristall-Eis**
unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung ladet ganz
ergebendst ein 1308

B. Finkelstein
Kristalleis, Mineralwasser und Apfelweingrosskellerei
Telephon 510. 10 Rintheimerstr. 10 Telephon 2875.

Abonnements können jeden Tag beginnen.
Preiskurante stehen gerne zu Diensten.

Städtisches Konzerthaus.
Vaterländ. Volksfeier
für die weibliche Jugend
Sonntag, den 6. Mai, abends 8 Uhr.

Mitwirkende:
Musik: Die städtische Schillerkapelle.
Gesang: Herr Konzertführer Wehbecher.
Gedichtvortrag: Herr Hofhauspieler und
Regisseur Fritz Herz.
Ansprache: Herr Stadtpfarrer Hindenlang.
Lichtbildervortrag: Herr Hauptschriftleiter Pees
(s. St. beim Generalkommando). 1408

Die Verteilung der Eintrittskarten erfolgt durch
die Leiter der Fachschulen und Jugend-Organisationen.

!! Blusen !!
Weiße Blusen M 1.45 an
Schwarze „ „ 3.90
Farbige „ „ 2.25
Seidene „ „ 11.75
Tüll- und Knutfeidene 1387
Blusen in großer Auswahl.
Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstraße 34, 1. St.

Bekanntmachung.
Die Inhaber der im Monat
Septbr. 1916 unter Nr. 17562
bis mit Nr. 19443 ausgestellt
bzw. erneuerten Pfandcheine
werden hiermit aufgefordert, ihre
Pfänder bis längstens 7. Mai
1917 auszulösen oder die
Scheine bis zu diesem Zeitpunkt
erneuert zu lassen, widrigenfalls
die Pfänder zur Versteigerung
gebracht werden. 1322
Karlsruhe, 21. April 1917.
Städt. Pfandleihkasse.

Chaiselongue, neu, von
65 Mk. an
R. Köhler, Schilgenstr. 23.

Residenz-Theater
Karlsruhe
Waldstr.

Aeltestes und best-
besuchtestes Licht-
spielhaus am Platze.

Täglich ununterbro-
chen Vorstellungen
von 3 Uhr nachm.
bis 11 Uhr abends.

Vom 2. bis einschl.
4. Mai.

Alleiniges
Erstaufführungsrecht!

Hella Moja
in dem vieraktigen
Lustspiel

Wer küsst
mich
Regie: **Otto Rippert.**
Aufnahmen
von **Karl Hoffmann.**
Winterszenarien
verbunden mit Sport-
bildern von
Berchtesgaden.

Klein Evas
Traum
oder
Sockender
Sorbeer
Ein Schauspiel in zwei
Akten von **Louise del**
Zopp-Ling gestellt
von **Rudolf del Zopp.**

Lustige
Studenten
Köstliche Komödie.

Washington
Naturaufnahme.

Unsere Marine im
großen Weltkrieg
11. Teil.
1405

Rüchenabfälle.
Gemäß Verfügung Groß-
herzoglichen Bezirksamt vom
11. März 1915 sind die Rüchen-
abfälle der Stadtgemeinde zur
Schweinemast zur Verfügung zu
stellen; an Dritte dürfen sie nicht
verkauft werden. Es wird wieder-
holt um gewissenhafte Durch-
führung der bezirksamtlichen An-
ordnung und um Unterstützung
des gemeinnützigen städtischen
Unternehmens ersucht. 1340
Karlsruhe, den 24. April 1917.
Städtisches Tiefbauamt.

Museumssaal.
Zwei Vorträge
von
Dr. Johannes Müller.

Samstag 6. Mai:
Eine neue Art Leben
Montag 7. Mai:
Meisterung des Schicksals
- jeweils abends -
pünktlich 8 Uhr.

Eintrittskarten im Vor-
verkauf in der Braun'schen
Hofbuchhandlung, Kaiser-
strasse 58 und abends an
der Kasse zu Mk. 2.-,
1.- und 0.50. 1350